

Stellung zu den Polen und Deutschen einnehmen, durch andre zu ersetzen sind. Man schreibt uns:

Löhninge giebt's nun, noch eine ganze Menge in der Provinz Posen, Beamte, die es lieber mit dem Prosit und den Polen halten als mit den Deutschen; und selber ist von einem Beamten gesagt worden: Die Polen mißverstehen man im Reich; sie sind sehr nette Leute, die **nur richtig behandelt sein wollen und die meisten Prosite sind keine Herren, mit denen sich leben läßt; die deutschen Anseher aber — nicht sehen!** Derartige Herren sind genügend den Deutschen im Osten bekannt, und es wird als ausgeschlossen betrachtet, daß sie unter der Aera Bälou noch lange in der Provinz bleiben können. Man erwartet, daß mit der Löhningerei **energisch ausgeräumt**, daß gerade Graf v. **Wälowo Dampf dahinter machen wird**, und es besteht in der Ungleichheit Löhning sicher kein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Rheinbaben."

Dies beweist nur die Nichtigkeit der Löhningischen Mitteilung, daß die Beamtschaft selbst in Posen, so weit sie, nicht die genügende Belehrtheit besitzt, nach jedem Zeichen aus den oberen Regionen die Bestimmung zu wechseln, die neue Polenpolitik für verfehlt hält. Der einzige Erfolg, den — außer der Förderung der Polen — diese Polenpolitik bisher sich gesichert hat, ist die Zerlegung des Beamtenkörpers, die Verbitterung der Beamten gegen einander.

Der traurige Klaff, den der „Reichsbote“ jüngst über das Privatleben Löhning's verbreitet, veranlaßte Herrn Löhning zu folgender Zukrift an einige Zeitungen:

„Die ich erst jetzt erfahre, hat der „Reichsbote“ eine Zukrift eines laubenden Herrn aus Posen veröffentlicht, in der es heißt: „Herr Löhning ist 38 Jahre alt und besitzt aus seiner ersten Ehe eine mindestens 15jährige Tochter, die ihn den Haushalt führte. Bei dieser Sachlage mußte die Art und Weise, in welcher der an der Schwelle des Greisenalters stehende Mann nach dem Tode seiner zweiten Frau in dem letzten Winter auf der Schlittschuhbahn und in Gesellschaften jungen wohlgebildeten Mädchen den Hof zu machen pflegte, Lächeln und Kopfschütteln hervorgerufen. Noch mehr Befremden erregte es, als allmählich die Art des Verkehrs des Herrn Löhning im Verein deutscher Katholiken bekannt wurde. . . Die Art, in welcher der halb 60jährige Mann dort mit hübschen Töchtern dieser Familien bis in die Nacht hinein tanzte, wurde als mit den Rücksichten, die er seinem Amt und seinem Alter schuldete, nicht verträglich empfunden. —“ Dielem aus leicht erkennbarer Quelle stammenden Schmähartikel, welchem sich ähnliche der seit einiger Zeit nicht mehr unabhängigen „Posener Ztg.“ anreihen, entgegenzutreten, könnte nicht angebracht erscheinen; doch will ich hier folgendes anführen:

Die Schlittschuhbahn habe ich nicht nur nach dem Tode meiner zweiten Frau, sondern auch bei ihren Lebzeiten, und zwar seit meiner Jugend jeden Winter regelmäßig besucht. Jungen wohlgebildeten Mädchen habe ich in Posen auf dem Eise niemals den Hof gemacht. Den katholischen deutschen Verein habe ich im Ganzen dreimal besucht und zwar bloß auf Bitten und Wunsch meiner erwachsenen, noch lange nicht 30-jährigen Tochter. Ich bin kein Mitglied des Vereins gewesen und bin auf wiederholte Einladungen als Gast daselbst erschienen. Bei dem ersten Besuche im September v. J. schloß eine bei mir zu Besuch weilende Nichte Bekanntschaft mit einem jungen Arzte in Posen; einige Tage darauf fand die Verlobung statt. Gelant habe ich nicht. Das zweite Mal besuchte ich den Verein und zwar wiederum nur auf Bitten meiner Tochter im November v. J. Gelant habe ich nicht. Das dritte Mal im Januar d. J. und wiederum auf Bitten meiner Tochter. Dieses Mal habe ich eine einmalige Runde mit den Töchtern eines mit mir an einem Tische sitzenden Steuertrats und des Gymnasialdirektors Schroder getanzt und — einmal mit meiner jetzigen Frau. Dies mag genügen zur Abfertigung eines Substantils. Es ist bedauerlich, daß anständige Zeitungen solche Schmähartikel aufnehmen.

Berlin, den 19. August 1902.

Löhning.

Geheimer Oberfinanzrat und Provinzial-Steuerdirektor a. D.

Freisinn und Landtagswahlen.

Die „Freisinnige Zeitung“ (Nr. 192) befürchtet vor der Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen mit eignen Wahlmännern, daß hierdurch in einzelnen Bezirken die Wahl der Konservativen statt der Liberalen bewirkt werden könne. Sie beruft sich dabei auf Bedels' Schlußwort zur Landtagswahlfrage auf dem Münzler Parteitag, der allerdings aussprach, daß wenn wir und die bürgerlichen Oppositionsparteien uns in Bezug auf die Wahlmänner nicht verständigen, keine der Parteien ihre Wahlmänner durchbringen und wir so den Konservativen zum Siege verhelfen. Trotz dieser Warnung Bedels, der er nach dem weiteren Wortlaut seiner Rede übrigens selbst kein so großes Gewicht beimah, hat der Parteitag die anschließliche Aufstellung eigener Wahlmänner beschlossen und das mit Recht. Denn die jetzt von der „Freisinnigen Zeitung“ betonte Gefahr ist verschwindend klein. Wo in einem Wahlbezirk die Freisinnigen bisher nur einem Gegner gegenüber standen, ist sie überhaupt nicht vorhanden. Dort muß, wo nicht im ersten Wahlgang die Entscheidung fällt, also nicht eine Partei die absolute Majorität hat, mindestens eine der „Oppositionsparteien“ in die Stichwahl gelangen und bei gehöriger Unterstützung durch die andre siegen. Handelt es sich aber (soll. der Sozialdemokraten) um vier streitende Parteien, so tritt wieder der gleiche Fall ein, wenn nicht gerade zwei der Gegenparteien (z. B. Konservative und Nationalliberale) je stärker sind als die Freisinnigen und die Sozialdemokraten. Nehmen wir nun in dem letzteren Fall an, daß es gelungen wäre, von vornherein die sozialdemokratischen Uerwähler zum Eintreten für den Freisinnigen zu veranlassen, so sind wieder zwei Fälle zu unterscheiden: Entweder wären auch die vereinigten Freisinnigen und Sozialdemokraten schwächer als die schwächere der beiden Gegenparteien, dann kämen ihre Kandidaten trotz des Zusammengehens nicht in die Stichwahl; oder sie wären stärker als die schwächere der Gegenparteien, dann kämen ihre Kandidaten freilich in die Stichwahl, aber diese wäre in der großen Mehrzahl der Fälle ansichtslos, da ja die Gegenparteien zusammen über mehr Stimmen verfügen, als die Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammen.

In Wahlbezirken, wo mehr als 4 Parteien (inkl. Sozialdemokratie) Wahlmanns-Kandidaten aufstellen sollten, lassen sich die Kombinationen nicht so leicht übersehen; doch sind diese Fälle an sich selten und unter diesen wiederum solche sehr selten, an denen durch gleichzeitiges Aufstellen sozialdemokratischer und freisinniger Wahlmänner die „Oppositionsparteien“ geschädigt werden können.

Will die „Freis. Ztg.“ statt diesen Gedanken nachzuhängen, die überdies nach ihrem Parteitagbeschlusse keine andre praktische Folge haben können, als daß die durch seinen Parteibeschlusse gebundenen Freisinnigen in Bezirken, die sie durch beiderseitige Kandidaturen für gefährdet halten, ihrerseits auf die Aufstellung von Wahlmännern verzichten, nicht lieber ihre Anhänger darüber aufklären, daß bei den künftigen Wahlen von den Freisinnigen nur völlig unabhängige Männer als Wahlmanns-Kandidaten aufgestellt werden dürfen, die im Fall der Stichwahl bei der Abgeordnetenwahl einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben können und wollen? Diese Aufklärung ihrer Anhänger dürfte die Hauptarbeit der freisinnigen Presse für die nächsten Landtagswahlen bilden, — und sie kann nicht früh genug begonnen werden.

Die „Frankfurter Zeitung“ äußert sich wie folgt:

Es ist vom demokratischen Standpunkt aus einfach un-erträglich, daß die numerisch stärkste Partei im Lande vom Parlament ausgeschlossen ist, und nachdem nun die Sozialdemokratie selbst Anstalten macht, diesen Ausschluß zu beenden, kann man ihr dazu nur Glück und Erfolg wünschen. Bei geeigneter Vorgehen kann ihr Einzug in den Landtag nicht gut zweifelhaft sein, wenn auch eine Dreiklassen-Wahl mit offener

Stimmabgabe ganz andre Ergebnisse als die Reichstagswahl zeitigt und bei ihr Ueberzählungen nie ganz ausgeschlossen sind. Dieser ungewöhnliche Charakter der Landtagswahl ist jedenfalls beim tatsächlichen Aufmarsch in jedem einzelnen Falle in Betracht zu ziehen, insbesondere laßt die geordnete Aufstellung der Wahlmänner nur allzu leicht eine thätigliche Mehrheit in eine formelle Mindertheit verwandeln. Der „Vorwärts“ betont nun, die Sozialdemokraten würden bei den Wahlen von 1903 überall dort, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind und die Freisinnigen erst mit den Sozialdemokraten zusammen die absolute Mehrheit der Wahlmänner erreichen, auf der Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten im ersten Wahlgang bestehen. Wir nehmen an, daß unter solchen Umständen eine principielle Einigung nicht allzu schwer wäre, es würde aber in verschiedenen Wahlkreisen einer Unterstützung der reaktionären Elemente gleichkommen, wollten die Sozialdemokraten unterschiedslos mit eignen Wahlmännern vorgehen. Ein derartiges Verfahren kann zu unerwarteten Komplikationen führen und wenn die Sozialdemokraten nicht nur den einen oder den andern Sitz erobern, sondern zur Bekämpfung des im Landtag herrschenden Interregiments beitragen wollen, können sie allgemeine Parolen überhang nicht ausgeben, sondern sie müssen sich von den örtlichen Verhältnissen leiten lassen. Mit dieser Methode könnte es ihnen vielleicht gelingen, den Freisinnigen das eine oder das andre Mandat zu entreißen, ein allgemeiner Gewinn wäre damit nicht verbunden. Durch eine solche Taktik könnte der Freisinn sogar zum Anschlag nach rechts hin genötigt werden, wobei dann die Sozialdemokraten nach Lage der Verhältnisse vielleicht ganz leer ausgingen. Ein allgemeiner Gewinn kann aber erzielt werden, wenn sich die Linke gemeinsam im Angriff nach rechts wendet und dort Eroberungen zu machen sucht. Auch dazu ist freilich — und darin gehen wir dem „Vorwärts“ vollständig recht — die Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie rücksichtslos anzuerkennen. Wir haben niemals zugegeben, daß diese Partei anders zu behandeln wäre, und es trifft sich gut, daß die „Köln. Ztg.“ eben den Nationalliberalen in Bayern einen entsprechenden Hintz giebt. Nachdem das Centrum in München mit Vollmar paktierte, könnten das — so meint die „Köln. Ztg.“ — die Nationalliberalen auch. Wenn das für die Partei gilt, die so lange nach Ausnahmestufen rief, dann brauchen sich die Freisinnigen wirklich nicht zu genieren, mit den Sozialdemokraten in aller Form zu verhandeln, ganz abgesehen davon, daß eine verschiedene Bewertung der Parteien nach dieser Richtung hin durchaus undenkbar wäre. Die Frage, die der „Vorwärts“ anwirft, beansprucht auf jeden Fall eine rechtzeitige Beantwortung.

Auf die von der „Frankf. Ztg.“ geäußerte Befürchtung einer Gefährdung der oppositionellen Wahlen durch die allgemeine Aufstellung eigener Wahlmänner seitens der Sozialdemokratie ist in unserer obigen Darlegung bereits hinreichend erwidert. —

Schändliche Soldatenmishandlungen.

Wegen schwerer Soldatenmishandlungen hatte sich vor dem Kriegsgericht in Dresden der Unteroffizier Hoffmann von der 9. Compagnie des 103. Infanterie-Regiments in Bautzen zu verantworten. Der bereits wiederholt vorbestrafte Angeklagte hat den willigen aber geistig beschränkten Rekruten Wosty fortgesetzt in rohester Weise mißhandelt. Im Dezember vorigen Jahres ließ er den Rekruten abends nach dem Dienst zum Gewehrreden antreten, obwohl dies durch Compagniebefehl untersagt war. Wosty mußte hierzu Drillrock, Tuchrock und Mantel anziehen, sowie Fingerhandschuhe und Ohrenklappen anlegen, dann sich in der Mannschafstube an die Luftheizung stellen und nun die Uebung mit zwei Gewehren vornehmen. Der Unteroffizier, dem es ungeheures Vergnügen bereitete, den Rekruten schreien zu sehen, schickte zum Heizer mit dem Befehl, er solle tüchtig Wärme durch die Luftheizung gehen lassen. Als der bedauerndwerte Soldat vor Erschöpfung nicht mehr weiter konnte, mußte er die Uebung mit einem Gewehr fortsetzen, bis die Luftheizung versagte. Dann nahm der Unteroffizier den Rekruten in eine andre Stube und ließ ihn am stark geheizten Ofen die Uebungen aufnehmen. Nach Jengensangaben hat Wosty bis 400 mal das Gewehr gekreßt. Endlich fing er vor Erschöpfung an zu weinen, was den Angeklagten und einige andre Unteroffiziere noch mehr zum Lachen reizte. Bei andern Gelegenheiten versetzte der Unteroffizier dem Rekruten wiederholt Faustschläge und Stöße vor die Brust und schlenkerte ihn einmal so heftig gegen ein Spind, daß er sich selbst dabei den Arm verrenkte. Der Vertreter der Anklage betonte, es sei erwiesen, daß der Angeklagte den offensichtlich geistig minderwertigen Wosty bei jeder Gelegenheit in rohester Weise mißhandelt habe. Zur Vermeidung ähnlicher Rohheiten müsse auf die zulässig schwerste Strafe erkannt werden. Das Gericht erkannte nur auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten drei Wochen!

Schulente im Privatdienst eines Polizeipräsidenten. Ein bürgerliches Kieler Blatt bringt folgende höchst befremdliche Koliz:

Die bevorstehende Beendigung der Sportzeit wird für unsre Stadt das Gute im Gefolge haben, daß die Hafenschildmannschaft wieder auf ihren etatsmäßigen Stand kommt. Es werden dann nämlich die beiden Hafenschildmannschaften, welche während der Sommermonate auf der Privatinsel „Gerda“ des Polizeipräsidenten v. Puttkamer als Patrosen thätig waren, ihren ihnen zustehenden Dienst bei der Hafenschildmannschaft wieder übernehmen können. Das Gleiche wird mit dem Steuermann des Polizei-Salonbootes „Greif“ der Fall sein, der gemeinsam mit den genannten beiden Beamten die Post „Gerda“ sowohl in der Nordsee als auch in der Ostsee von Sieg zu Sieg geführt und ihrem Besizer wertvolle Preise errungen hat. Bemerkenswert ist, daß die beiden Hafenschildleute ihren Patrosendienst auf der Post des Polizeipräsidenten auch zu jener Zeit versehen, als sechszig Schulkente zur Verstärkung der hiesigen Polizei von Berlin hierher beordert werden mußten.

Das wäre ja mehr als sonderbar, wenn ein Polizeipräsident Schulkente zu allerlei Privatdiensten abkommandieren oder beurlauben könnte! —

Der sächsische Kriegsminister Edler von der Planitz ist am Dienstag früh in Osterwitz nach längerem Leiden verstorben. Der Verstorbene ist nahezu 65 Jahre alt geworden. Das Amt eines sächsischen Kriegsministers hat er nach dem Tode des Generals Radtze 1891 übernommen. Politisch hervorgetreten ist er niemals.

Abermals ein Uebergriff. Ein schwerer Uebergriff eines Schutzmanns ereignete sich dieser Tage in Ehlingen. Der Schutzmann hielt eine dortige Dame, Frau eines Fabrikanten, auf dem Bahnhofe an und wollte sie als eine pedantisch verfolgte Dirne verhaften. Die Dame wehrte sich dagegen und rief um Hilfe, so daß der Schutzmann von seinem Vorhaben ablassen mußte. Die Polizeiverwaltung entschuldigt diesen Fall damit, daß das Signalement der Dirne auf die Dame „einigermaßen gepaßt“ habe; in dem Stechbriefe heiße es nämlich: „ist einfach gekleidet und benimmt sich unauffällig und anständig.“ —

Strafexpedition oder Lynchjustiz? Wie man sich erinnern wird, war vor wenigen Monaten infolge des Streites um das Besitzrecht auf die Ländereien eines Farmers Wolff in Parateva auf dem Bismarck-Archipel von dem Hauptling Lolilang die Familie Wolffs erschlagen worden. Nach

einer damals einlaufenden Nachricht waren sofort — anscheinend nicht vom Gouverneur, sondern von den Pflanzern selbst — 1500 Plantagenarbeiter bewaffnet worden, um den Stamm, zu dem Lolilang gehört, zu züchtigen. Von diesem Nachzug kegt nunmehr folgende neue Nachricht vor:

Kapitän Schönberg vom Lloyd-Dampfer „Langlin“, der am 11. d. M. von Deutsch-Neuguinea in Sydney ankam, berichtet, daß der an der Ermordung der Pflanzersfrau Wolff und ihres Kindes schuldige Eingeborenenstamm vollständig vernichtet worden ist; 227 Eingeborene verloren angeblich durch die Strafexpedition ihr Leben.

Die Sühne ist also auch hier wieder mit äußerster Härte, vermutlich auch an vielen Unschuldigen, und jedenfalls auch an Weibern und Kindern vollstreckt worden.

Wichtig wäre aber besonders, zu erfahren, ob der Nachzug von einer vom Gouverneur veranstalteten Strafexpedition ausgeführt worden ist, oder ob hier nur ein privater Nachzug, eine Art Lynchjustiz vorliegt! —

Ausland.

Der Krieg auf den Philippinen

Ist allem Anschein nach noch lange nicht beendet, trotzdem er den Amerikanern schon enorme Opfer an Menschenleben gekostet hat. Nach einer amtlichen Washingtoner Statistik verloren die Amerikaner in der Zeit vom 4. Februar 1899 bis zum 30. April 1902 in 2561 Gefechten an Toten 189 Offiziere und 4016 Mann, an Verwundeten 190 Offiziere und 2707 Mann. Ferner wurden anderweitig getötet und verwundet 282 Offiziere und 4188 Mann. Insgesamt also 11 522 Tote und Verwundete!

Trotz dieser gewaltigen Opfer und trotz aller Bestialitäten der amerikanischen Soldateska find die Amerikaner noch lange nicht Herren auch nur der Hauptinsel der Philippinengruppe, Luzon. Selbst auf Luzon befinden sich nur die küstentrische in amerikanischen Besitz, im Inneren steht die Herrschaft, soweit sich dort überhaupt Garnisonen befinden, auf sehr schwachen Füßen, so daß jeder Augenblick die Flamme der Empörung von neuem emporzuschlagen kann.

Bedeutend schlimmer für Amerika steht es auf der nächstgrößten Insel des Archipels, auf Mindanao, die hauptsächlich von den mohamedanischen Moros bewohnt ist. Auf dieser Insel, deren Bevölkerung auf 6—800 000 Köpfe gezählt wird, hatten auch die Spanier niemals ein volles Souveränitätsrecht ausüben können, vielmehr hatte sich die Mehrzahl der Bewohner unter der Herrschaft eingeborener Fürsten die volle Unabhängigkeit zu bewahren verstanden. Die Moros, die als sehr kriegerisch geschildert werden, haben auch die amerikanische Annelion nicht anerkannt, obwohl man ihnen gegenüber vorläufig gelindere Seiten aufzuspannen für geraten gehalten hatte. Trotzdem war es zu Reibungen gekommen, namentlich hatte der Sultan von Nauhi die Amerikaner mehrfach angegriffen. Diese Reibungen scheinen nun zu dem Ausbruch eines hellen Krieges führen zu sollen. Aus Washington wird nämlich gemeldet: General Schaffer hatte telegraphisch mitgeteilt, daß ein Feldzug gegen die Moros in Mindanao notwendig sei, um den zunehmenden Widerstand gegen das amerikanische Regime zu brechen; infolgedessen ist der General angewiesen worden, nach Guldänken zu handeln.

Die Verlustliste der amerikanischen Truppen wird dadurch aller Voraussicht nach in der nächsten Zukunft noch ganz erheblich anschwellen. Vielleicht wäre der Feldzug gegen die Moros auch ein Signal für Luzon, den Kampf wieder in größerem Maßstabe aufzunehmen. Wie wenig diese Insel, und zwar in nächster Nähe von Manila, noch immer pacifiziert ist, beweist folgende Laffan-Meldung:

Ein amerikanischer Polizei-Inspektor mit 30 Mann hatte in der Umgegend von Manila einen Zusammenstoß mit einer starken Schar Insurgenten. Bei dem sich entwickelnden Kampfe wurde der Inspektor verwundet und vier seiner Leute getötet. Später erhielten die Amerikaner Verstärkung und nahmen 5 der Insurgenten gefangen; die Filipinos verloren außerdem bei dem Zusammenstoß 6 Tote. —

Oestreich-Ungarn.

Ein Prager Polizist als Mädchenhändler. Dem Prado Vidu ist es gelungen, einen Prager Detektiv als Mädchenhändler ans Licht zu ziehen. Ein Zufall hat ihm folgendes Telegramm in die Hände gespielt:

Telegramm J. Nr. 95. Aufgegeben am 9. 8. 1902 in Jglau 8 Uhr 20 M. Angelommen in Prag 9 Uhr 25 M. An Barbara Struzna, Plavecku ulice 14. Prag Wylschegrad.

Sendet gleich hübsches Mädchen; bischen deutsch. Kopp. Die Nachforschungen haben ergeben, daß der Mann dieser Barbara Struzna ein Prager Detektiv ist und seine Frau die Konzeption zur Führung eines Bordells in dem genannten Hause besitzt. Der Mädchenhandel wird da von einem Organ der Prager Polizei ganz ungenutzt betrieben, als ob es die gemüthlichste Ecke der Welt wäre. Die Verhütung der Prager Polizei kann nicht schärfer charakterisiert werden als durch diesen Zusammenhang von Deliktivität und Mädchenhandel. —

Frankreich.

Vom Kulturkampf.

Bei der Durchführung der Dekrete betreffend die Schließung der geistlichen Schulen in Yvelogost, Bloudaniel und Saint Nöben wurden im ganzen 27 Personen verlegt, darunter 10 junge Mädchen, 2 Gendarmen, 2 Soldaten und 1 Polizeikommissar. Es wurden 8 Verhaftungen vorgenommen, von denen aber nur 2 anrechterhalten wurden. Ein Grundeigentümer, ein Journalist und ein Abbé werden wegen Aufreizung der bei den Kundgebungen Beteiligten verfolgt werden.

In Prag gab der Friedensrichter Perret seine Demission, um den behördlichen Befehl betreffend die Schließung der Kommenschulen nicht ausführen zu müssen.

Die Generalräte von etwa 20 Departements haben in der geistigen Eröffnungsversammlung die Regierung zu ihrer gegen die Kongregansenschulen gerichteten Politik zu beglückwünschen.

Der Senator Binault erklärte in dem Generalrat des Departements Jle-et-Vilaine, Präsident Loubet habe erklärt, er werde sich freuen, die Meinung aller Generalräte kennen zu lernen. Der Präsekt verließ hierauf den Sitzungssaal. —

England.

Das „dankbare Vaterland“. Die Truppen, welche in Südafrika im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe die Boeren niedergeworfen hatten, werden jetzt, da sie ihre Schuldigkeit gethan, von der englischen Regierung ziemlich schlecht behandelt. Die Neu-Seeländer Regimente sind auf elenden Dampfern, wie die Heringe zusammengepackt, nach ihrer Heimat zurückgebracht worden. Auf einem dieser Schiffe, welches dieser Tage in Australien anlief, waren unterwegs 19 Tote zu verzeichnen und außerdem hatte das Schiff bei seiner Ankunft 145 Kranke an Bord. Die Beschwerden darüber hatten wenigstens die gute Folge, daß in Zukunft die Ueberfüllung eines Transportdampfes vermieden werden wird. Wie rücksichtslos in dieser Beziehung verfahren worden ist, geht daraus hervor, daß von dem dieser Tage von Kapstadt abgegangenen Transportdampfer „Aurania“ 573 Soldaten und Offiziere als überzählig wieder ausgeschifft werden mußten. —

Erstwahl. In Belfast wurde an Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Unterhauses Johnston (L) mit 3705 Stimmen der Kandidat der protestantischen Vereinigung Sloan (unabhängiger Unionist) gewählt gegen Buller (ministerieller Unionist), der 2089 Stimmen erhielt. —

Die Voerengenerale wurden bei ihrer Ankunft in Southampton von Roberts und Kitchener empfangen und zu der Nacht geleitet, die sie zu der königlichen Nacht in Cowes brachte. Als die Generale letztere bestiegen, ging der König ihnen entgegen und drückte jedem die Hand.

Eine politische Bedeutung hat der Empfang natürlich nicht. Kommandant Ferreira, der Schwiegerohn des Generals Delaney, erklärte in einer Unterredung, die er mit einem Redakteur des „Bureau Liffan“ nach Rückkehr der Generale von der Vorstellung bei König Eduard hatte: „Der König empfing uns alle mit der freundlichen Goutoite, zeigte aber über die angemessene Höflichkeit hinaus nicht das besondere Interesse an uns, das uns überall von seinen Unterthanen bewiesen wird. Unfre Unterredung mit dem König war sehr kurz und beschränkte sich ausschließlich auf gesellschaftliche Formalitäten. Der König drückte seine Freude darüber aus, uns zu sehen, und erkundigte sich nach unserer Gesundheit. Die Politik wurde nicht erwähnt.“

In London, wohin sich die Voerengenerale von Southampton auf begaben, wurden sie der Gegenstand hürmischer Ovationen der Masse. „Der gute alte De Wet und alle die tapferen Feinde von ehemals sind unsere Freunde“ hörte man häufig unter den Rufenden, ein Beweis, wie sehr die Masse der englischen Bevölkerung sich von bloßen Impulsen leiten läßt und welche naive Verständnislosigkeit in politischen Dingen sie auszeichnet. De Wet war durch die Menge ernstlich bedrängt und mußte von der Polizei befreit werden. Letztere bot ihm mit Aufgebot einer starken Macht den Weg von dem Salonwagen. Die Generale erwiderten die Kundgebung durch Abwehnen des Hutes, lehnten es aber ab, zu sprechen. Am Montagabend sind Botha, De Wet nach Rotterdam weitergereist, um Krüger und Steijn zu besuchen und dem Begräbnis Elias Meyers beizuwohnen.

Rußland.

Zur revolutionären Bewegung. Die Daily Mail meldet aus Petersburg: Die Studenten der Universität Moskau beteiligten sich an den dortigen Unruhen, durch welche die Regierung gezwungen werden soll, die nach Sibirien verbannten 100 Studenten zurückzurufen. Nach der Meldung des „Verl. Tagebl.“ wäre diese Absicht bereits erreicht. (Red. d. Wort.) Unter der Landbevölkerung werden revolutionäre Schriften verteilt. Die Bauern im Gouvernement Saratow revoltieren gegen die Behörden. Zahlreiche Polizisten wurden bei Zusammenstößen mit den Bauern getötet.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, wird der Jar im Februar nächsten Jahres einen Empfang des russischen Adels abhalten.

Afrika.

Das Cyper einer „Strafexpedition“ wurde der Inspektor Langlais im französischen Kongogebiete. Die Bahous sollten bestraft werden, weil sie angeblich einige Beamte der Gesellschaft mißhandelt haben sollten. Die geplante Ueberrumpfung des Dorfes gelang nicht, die Eingebornen setzten sich zur Wehr und der Führer Langlais wurde erschossen.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß an diejenigen Genossen, deren Wahl als Delegierte zum Parteitag in München bereits auf dem Parteibureau gemeldet ist, die Mandatsformulare bereits gelangt sind.

Die Versendung der Vorlage für den Parteitag, der Berichte des Parteivorstandes und der Reichstags-Fraktion sowie eine sehr hübsch ausgestattete Festschrift von den Münchener Genossen und ein Begleitheft durch München und das Protokoll der Verhandlungen des bayrischen Parteitages in Ludwigshafen, erfolgt rechtzeitig an die Delegierten, aber nur dann, wenn deren Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse entweder von ihnen selbst oder von den zuständigen Vertrauenspersonen beim Parteibureau

Z. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30,

angezeigt wird. Delegierte, von deren Wahl keine Anzeige erfolgt, oder erst zu spät erfolgt, können die Vorlagen z. B. erst auf dem Parteitag in Empfang nehmen.

Anträge an den Parteitag, wenn sie in der Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen spätestens bis zum 2. September beim Parteibureau eingelaufen sein.

Die Mitglieder des Parteitages werden ersucht, sich rechtzeitig beim Münchener Lokalausschuß anzumelden, welcher gute Wohnungen in den verschiedensten Preislagen anzuweisen in der Lage ist. Für bereits am Sonntag, den 14. September, früh in München Anwesende wird der Lokalausschuß für sachkundige Führung in der Stadt und in den Sammlungen Sorge tragen. Alle diesbezüglichen und sonstigen Wünsche sind zu richten an:

Ludwig Fickelmann, München, Sendlingerstr. 20.

Mit socialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Zum Parteitage beschloß eine Versammlung des socialdemokratischen Volksvereins Solingen, folgenden Antrag zu stellen:

Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Verabschiedung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswert, als Grundlage des Entwurfs die im „Vorwärts“ veröffentlichten Vorschläge des Genossen Forbus-München zu benutzen.

Die Wahlkreis-Konferenz des Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreises wünscht einen Parteibeschluß, daß die Annoncen-Beilage der „Neuen Welt“ in Zukunft nach den in der Parteipresse sonst üblichen Grundsätzen unerschaffen und stiftlich bedenkliche Inserate abzulehnen und daß der Verlag der „Neuen Welt“ eine der Partei verantwortliche Kontrollthätigkeit anzunehmen hat. Sollte es nicht möglich sein, unter diesen Umständen die Annoncen-Beilage zu erhalten, so beschließt der Parteitag für diesen Fall ihre Befreiung.

Eine Parteiversammlung in Augsburg beschloß zu beantragen:

„Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß Polemiken von Parteigenossen, welche an Artikel von in Parteiverlagen erscheinenden Organen, Zeitschriften oder Broschüren geknüpft werden, nicht in außerhalb der Parteiverlage erscheinenden Organen, Zeitschriften oder Broschüren gepflogen werden.“

Reichstags-Kandidaturen. Die Münchener Genossen proklamirten in einer Parteiversammlung den Genossen Siedekum wieder einstimmig als Kandidaten. Für den siebenten sächsischen Kreis (Weichen-Großhain) wird laut Beschluß der Kreisversammlung Genosse Goldstein wiederum kandidieren.

Zur Kandidatenfrage in Oberschlesien schreibt uns ein Teilnehmer an der Reichstags-Konferenz: Der Einigungsvorschlag des Genossen Binischkewicz in Nr. 192 des „Vorwärts“ ist sämtlichen Teilnehmern an der Konferenz unbekannt. Er hat davon keine Mitteilung gemacht, sondern den Versammelten Unterwerfung unter die Beschlüsse von Lodz empfohlen. Wenn man jetzt nachgiebiger sein will, ist das sehr zu begrüßen.

Aus Düsseldorf erhalten wir vom Vorstande des dortigen Socialdemokratischen Volksvereins folgenden Bericht:

Die am 17. August stattgefundene Parteiversammlung für den Wahlkreis Düsseldorf hat das System der Vertrauensmänner auf und übertrag dem Socialdemokratischen Volksverein die Wahrnehmung sämtlicher Parteigeschäfte für die Stadt Düsseldorf. Der Kreis-Vertrauensmann bleibt, doch hat derselbe in Gemeinschaft mit

dem Vorstande des Vereins seine Geschäfte zu erledigen. Derselbe hat dem Vorstande als Vorstandsmittglied anzugehören.

Die Kandidatur für die nächste Reichstagswahl wurde dem Gen. G. Grimpe-Eilberfeld wiederum übertragen.

Sodann wurde noch folgende Resolution angenommen mit dem Zusatz, sie in dem Centralorgan zu veröffentlichen: „Die heutige Wahlkreis-Parteiversammlung erklärt, daß die beiden Vertrauensmänner, welche das Eingeländ „Wasser“ an den „Vorwärts“ unterschrieben haben, in dieser Handlung das Vertrauen der Partei nicht hinter sich haben.“

Enthüllungen über die Socialdemokratie sind, wie unser Zwickauer Parteiblatt zu berichten weiß, wieder einmal zu erwarten. Ein alter Weber in Geau, Namens Franz Meyer, der bis vor kurzem noch Mitglied des dortigen Wahlvereins war, will in einer Broschüre, die in den nächsten Tagen erscheinen wird, seine dreißigjährigen Erfahrungen in der socialdemokratischen Arbeiterbewegung erzählen, damit man sie an ihren Früchten erkenne.

Nach dem, was das Zwickauer Blatt aus dem Inhalt der Schrift schon jetzt mitteilen kann, scheint der arme alte Mann in Folge persönlicher Kränkungen den übertrieben Enthusiasmus gehabt zu haben, seinen guten Namen auf diese Weise selbst zu vernichten, denn das ist doch schließlich der einzige Erfolg derartiger „Enthüllungen“; so sehr sie auch dem größten Teil der bürgerlichen Presse als willkommenes Futter dienen und so viel Geld auch für einige Zeit daraus gemacht wird: Der Enthüller bekommt einige Groschen Sündenlohn, seine neuen Freunde haben ihn aber bald vergessen, er hat nichts davon wie den Judasnamen. Für den Erfolg oder Mißerfolg der Socialdemokratie sind solche „Enthüllungen“ vollkommen gleichgültig.

Die Genossen des Wahlkreises Brandenburg-Westhaveland hielten ihre Kreis-Konferenz am Sonntag in Brandenburg ab. Es waren 26 Teilnehmer erschienen, darunter der Abgeordnete des Kreises, Genosse Peus und für die Agitations-Kommission der Provinz Genosse Kiesel. Im Zustande der Organisation des Kreises ist im abgelaufenen Jahre keine Veränderung eingetreten. Die beiden Vereine in Brandenburg und Rathenow, die das Rückgrat der Organisation bilden, hatten einen kleinen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen, der auf die wirtschaftliche Krise zurückgeführt wird. In den übrigen Orten des Kreises besteht das Vertrauensmänner-System. Der Brandenburger Verein hatte 4100 Mark Einnahme und 2521 Mark Ausgabe, davon 1830 Mark an die Kreis-Kasse. Der Rathenower Verein nahm 618 Mark ein und gab 559 Mark aus, davon 353 Mark an die Kreis-Kasse. Die Gesamtsumme des Kreis-Vertrauensmannes betrug 1900 Mark, seine Ausgabe 1294 Mark. Die Agitation im Kreise war im abgelaufenen Jahre nicht ganz so reger als sonst, doch wurde immerhin ganz fleißig gearbeitet. Von der „Fadel“ sind 12 000 Exemplare verbreitet worden, dem 7000 Kalender und noch sonstige Druckarbeiten. Der Stand der „Brandenburger Zeitung“ wird als gut bezeichnet.

Der Geschäftsbericht erledigte sich ohne nennenswerte Debatte. Bei der Verhandlung über die Presse wurde ein Antrag der Genossen von Potsdam-Osthaveland, der von Staab-Potsdam vertreten wurde, diesem Kreise eine Vertretung in der Provinz-Kommission der „Brandenburger Zeitung“ zu gewähren, abgelehnt. Als Reichstags-Kandidat wurde wieder Genosse Peus aufgestellt. Zum Parteitage delegierte man den Genossen Edermann-Rathenow und zur Provinzial-Konferenz Genossen Kratich-Brandenburg, der auch wieder als Kreis-Vertrauensmann gewählt wurde.

Zum Zwecke der Vorbereitung der Landtagswahlen soll mit den Genossen des Reichstags-Wahlkreises Jauß-Weizig eine Verbindung hergestellt werden, da dieser Kreis mit Brandenburg-Westhaveland einen Landtags-Wahlkreis bildet. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen und ein Delegierter zur Kreis-Konferenz für Jauß-Weizig gewählt.

Die Kreis-Konferenz des Reichstags-Wahlkreises Anhalt-Lützen tagte am 17. August in Finsterwalde. Sie war gut besucht und von allen Delegierten konnte ein erfreulicher Fortschritt unserer Sache konstatiert werden. Besonders in der Senftenberger Gegend, in der unter 10 000 Wählern gegen 6000 polnische sind, und welche als die schwärzeste des ganzen Kreises gilt, macht sich eine lebhaftere Strömung zu unseren Gunsten geltend. Tiefen Eindruck machten die Worte eines Delegierten polnischer Nationalität, der das Elend und die Unwissenheit der polnischen Arbeiter schilderte und die Genossen der größeren Ortschaften zu thätiger Unterstützung zur Befreiung dieses Zustandes anforderte.

Die Bescheidung der Regierungsbezirks-Konferenz wurde abgelehnt; zur Provinzial-Konferenz dagegen die Genossen Scherling-Finsterwalde, Töpfer-Niecham und Barth-Senftenberg delegiert.

Mit der Vertretung des Kreises auf dem Parteitage wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Schuberl, betraut.

Die Kreis-Konferenz des Reichstags-Wahlkreises Frankfurt-Lebnitz fand in Ren-Langsdorf unter Vorsitz des Genossen O. Müller-Frankfurt statt. Amwoend waren 19 Delegierte, außerdem der Reichstags-Kandidat des Kreises Dr. Heinrich Braun, als Vertreter der Agitationskommission für die Mark Brandenburg der Abgeordnete Stadthagen und als Vertreter der „Märkischen Volksstimme“ Redakteur Eberhard.

Der Kreis-Vertrauensmann W. Schulz erstattete den Klassenbericht. Die Einnahmen betragen 3770,05 Mark, die Ausgaben 3363,86 Mark. Den Bericht über die Agitations-thätigkeit gab Genosse Haber. Von weitestlicher Bedeutung ist, daß wir jetzt auch in Frankfurt a. O., wo der Mangel lange sehr empfindlich war, zwei ständige Lokale zur Verfügung haben. Infolgedessen war es möglich, eine ansehnliche Zahl von Versammlungen abzuhalten und die Bewegung in Frankfurt zu beleben. Ueber die Verhältnisse in Finsterwalde erstattete Genosse Weiland Bericht. Hervorzuheben ist, daß die letzten Stadtverordnetenwahlen gegenüber der vorhergegangenen eine Verdoppelung der Stimmzahl aufwiesen. Von Finsterwalde wie von Frankfurt a. O. wurden je zwei Agitationsstouren aufs Land unternommen. Aus den Berichten über ländliche Orte ergab sich, daß die Verhältnisse sich dadurch gebessert haben, daß auch mehr Versammlungslokale wie früher vorhanden sind. Dagegen war die Klage allgemein, daß die „Märkische Volksstimme“ ungenügende Verbreitung findet. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde die Einberufung einer Regierungsbezirks-Konferenz beschlossen.

Als Kreis-Vertrauensmann wurde W. Schulz-Frankfurt wiedergewählt. In Delegierten für die Provinzial-Konferenz wurden die Genossen Haber-Frankfurt, Weiland-Finsterwalde und Zismar aus dem Odenbruch, zum Delegierten für den Parteitag in München wurde Dr. Heinrich Braun-Berlin gewählt.

Bei der Gemeinderatswahl in Eramen bei Spremberg wurden in der zweiten und dritten Klasse die socialdemokratischen Kandidaten gewählt, während in der ersten Klasse die Gegner siegten. Der Ort hat schon mehrfach von sich reden gemacht, weil die Justizbehörde den vom Gemeinderate gewählten Gemeindevorstand deswegen nicht bestätigte, weil er als Zimmermann angeblich nicht die für das Amt nötigen Fähigkeiten besitze.

Einen glänzenden Gemeinderats-Wahlsieg errangen am Donnerstag unsere Genossen wieder in Jlimenan. Unser Genosse, der Agitation Emil Hoffmann, schlug trotz heftigster und stumpfester Agitation unserer Gegner diese mit 329 gegen 303 Stimmen bei einer Ersatzwahl. Er zieht als unser fünfter Vertreter in den Gemeinderat ein.

Das internationale-socialistische Bureau zu Brüssel beginnt eine umfassende internationale Statistik über die Stärke der Arbeiterbewegung aufzunehmen. Die Ermittlungen beschränken sich nicht auf die socialistischen Parteien, sondern erstrecken sich außerdem auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Es soll festgestellt werden die Zahl der Mitglieder in den socialistischen Parteien, Gewerkschaften, den Gewerkschaften und Genossenschaften, ferner die Zahl der Partei-Abgeordneten in den Parlamenten, Landtagen, Kreis- und Gemeindevertretungen sowie die Zahl

der auf die socialistischen Abgeordneten vereinigten Stimmen. Ein Fragebogen wird besonders der Presse gewidmet; man wünscht die Zahl, Erscheinungshäufigkeit, Auflage usw. der Arbeiterpresse festzustellen. Andre Fragen beziehen sich auf die Arbeitsbüros, Einnahmen und Ausgaben der Organisationen, auf die durch das Eintreten für die Arbeiterbewegung erlittenen Gefängnis-, Geldstrafen usw.

Ein Rundschreiben des Sekretärs, Genossen Victor Serwo, erinnert an den Pariser Beschluß, nach welchem ein Archiv der internationalen Arbeiterbewegung zu errichten ist, und ersucht die Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften aller Länder, dem Bureau ihre Statuten, Berichte, Broschüren und sonstigen Veröffentlichungen einzusenden.

Die internationale Zusammenkunft in Basel.

Basel, 17. August.

Aus den verschiedenen Egen der schweizerischen Arbeiterbewegung, namentlich aus den größeren Orten, war eine stattliche Zahl von Genossen und Genossinnen mit Raben erschienen, ebenso aus zahlreichen Orten Vadens und Elsäz-Lothringens.

Der Demonstrationszug zählte ca. 3000 Teilnehmer, worunter viele Genossinnen und eine zahlreiche Gruppe italienischer Genossen; an der Spitze marschierte die Turner des deutschen Arbeitervereins Basel in Tracht und mit Fahne, der weitere 52 Fahnen, davon circa ein halbes Duzend rein rote von teilweise imposanter Größe, folgten; die Marschmusik besorgten drei Musikgesellschaften.

Der geräumige Kasernenhof, der zum erstenmal sehr zum Aerger kleinerer Gegner zu einem solchen Zwecke überlassen worden war, war fast voll besetzt von der zahlreichen Versammlung. Der Präsident des Basler Arbeiterbundes, Genosse Arnold, Redakteur des „Basler Vorwärts“, entbot der Versammlung namens der organisierten Arbeiterkraft Basels den Willkommungsgruß und erinnerte daran, daß Basel in der internationalen Arbeiterbewegung schon frühzeitig, schon in den sechziger Jahren, seinen Platz einnahm und daß 1869 hier der Kongreß der internationalen stattgefunden. Damals war in den bürgerlichen Kreisen das Wort „international“ noch sehr verkehrt, heute aber hat es seine Schrecken verloren und vergeht fast keine Woche, in der nicht in der Schweiz irgend ein internationaler Kongreß der Bourgeoisie stattfindet. Insbesondere entbot er seinen Willkommungsgruß den „vaterlandslosen Gesellen“ von jenseits des Rheins, die die rote Fahne durch die Lande tragen und immer größere Arbeiterkreise um sich sammeln. Um Schluß drückte er in Worten allen Gästen die Bruderhand. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Reichstags-Abgeordneter Hoch-Pannau sand die heutige Zusammenkunft als Ausdruck der internationalen Solidarität der Arbeiterkraft sehr zeitgemäß gegenüber den Bestrebungen der Regierungen sowie der beständigen und herrschenden Klassen der verschiedenen Länder, durch Aufrechterhaltung unübersteiglicher Zollschranken die Völker gegenseitig abzusperren. Er gab sodann eine nähere Darstellung der sozialpolitischen Situation in Deutschland, wobei er namentlich den übermächtigen Einfluß der Kartelle betonte, andererseits die Bestrebungen der Socialdemokratie nach freiem Verkehr und der Verbrüderung der Völker, wofür unsere Partei immer gekämpft hat und weiter kämpfen wird, bis sie ihr Ziel erreicht hat.

An die mit lärmlichem Beifall aufgenommene Ansprache des Genossen Hoch schloß sich diejenige des Genossen Cabrini, italienischen Abgeordneten, der ebenfalls die internationalen, völkerverbindenden Bestrebungen der Socialdemokratie betonte, sodann die lebenden Arbeiter- und Lebensverhältnisse der Arbeiter schilderte und mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie schloß.

Genosse Regierungsrat Wullschläger-Basel bemerkte einleitend, daß dieser Kongreß ein Ausbruch sei, der sich versammelt hat, insofern keine Schreden für uns hat, als hier nur die Sanitäts-truppe ihre Übungen abhält. Er betont dann die seit zwei Jahrzehnten gerade in Basel gemachten Fortschritte der internationalen Verträglichkeit der hier zusammengewirkelten kosmopolitischen Einwohnerkraft. Dazu haben nicht zum wenigsten auch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen beigetragen. Sodann wies er nach, wie eigentlich einzig nur die socialdemokratische Partei wahrhaft staatsbehaltend, patriotisch und gemeinnützig sei, da sie das Wohl aller wolle und die Spekulationen der Sonderinteressen verwerfe. Er schloß mit einem Hoch auf die Arbeiterorganisationen, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Zwischendurch trugen die Baseler Arbeiterlänger verschiedene Freiheits- und Arbeitslieder vor, ebenso konzertierten die Musikkapellen mit passenden Stücken.

Zum Schluß fand eine Protestresolution gegen die schändlichen Grenzschranken des zarischen Absolutismus, in der zugleich den Freiheitskämpfern die Sympathien und die besten Siegeswünsche für ihre Kämpfe ausgesprochen werden, einstimmige Annahme, worauf Genosse Arnold mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie die Versammlung schloß.

Litauisches Arbeiterprogramm ist vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbunde in Litauen, Polen und Rußland als Agitationschrift herausgegeben worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Grober Unfug. In Lüneburg wurde der Arbeiter Becker wegen groben Unfugs vor Gericht gestellt, weil er als Streikender einen Bierwagen der Kronbrauerei gefolgt ist, um festzustellen, wo das Bier abgeholt wird. Dadurch hat sich der Bierfahrer „belästigt“ gefühlt, auch mehrere Bürger haben, wie der Staatsanwalt behauptet, bei der Polizei angefragt, ob sie nicht gegen die Verfolgung des Bierwagens durch die Streikenden einschreiten könne. Darum verlangte der Staatsanwalt, daß Becker mit 30 Mark Geldstrafe belegt werde; das Gericht erkannte auf 60 Mark oder 14 Tage Haft.

Aus Industrie und Handel.

Zur Kartellfrage. Bekanntlich hat das Präsidium des deutschen Handelslages ein Rundschreiben an die deutschen Handelskammern gerichtet, in dem es sie zur Meinungsbildung über den Nutzen und Schaden der Kartelle auffordert. In ihrem soeben erschienenen Jahresbericht teilt die Kieler Handelskammer ihre Gutachten zur Kartellfrage mit. Die Handelskammer verkennt die ungünstigen Seiten des Kartellwesens nicht, sie glaubt aber nicht, daß diese ein Eingreifen der Staatsgewalt rechtfertigen, und bezweifelt auch, daß es überhaupt möglich sei, derartigen Verbänden durch Gesetze wirkungsvoll entgegenzutreten. Zum Beweise beruft sie sich auf die Erfahrungen, die man in England gemacht hat, als man die Verbindungen der Internermer als unverständlich für die Teilnehmer erklärte, sowie auf die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo derartige Koalitionen sogar strafbar sind, was aber nicht verhindert hat, daß sich dort gerade die größten und mächtigsten Verbände gebildet haben. Weiter als durch die Schaffung staatlicher Aufsichtsborgane ließe sich durch eine entsprechende Zollpolitik den Uebergriffen der Kartelle entgegenwirken; in dieser Hinsicht sei aber die deutsche Zollgesetzgebung weit mehr dazu geeignet, den Kartellen eine größere Macht zu verschaffen, als ihre Nachteile zu beseitigen.

Als bestes Korrelat gegen die erwähnten Uebergriffe und Ausschreitungen der Kartelle ist das anzusehen, daß die Einfuhr vom Auslande nicht durch unerschwingliche Schutzzölle unterbunden wird. Eine ermöglichte Konkurrenz des Auslandes wird die Kartelle im Inlande besser in Schach halten als gesetzliche Schranken dies zu thun vermögen. Schon einmal haben wir in dieser Richtung gewirkt. Auf Ansuchen verschiedener Zeitungsverleger wurde Bezugs-lagen wie und im vorigen Jahre veranlaßt, bei der Reichsregierung für Aufhebung des Postes von 6 Mark auf Druckpapier vorstellig zu werden, da die Drucker bei und heftig Klage führten über das Schicksal der deutschen Papierfabrikanten, das den Preis des Rohmaterials so sehr in die Höhe trieb, daß alle kleineren und mittleren Abnehmer aufs empfindlichste getroffen wurden. Auch hier würde unserer Ansicht nach die freie Einfuhr vom Auslande regulierend wirken.

Es ist richtig, daß eine Zollpolitik, die dem Auslande in den Erzeugnissen der kartellierten Industriezweige die Konkurrenz ermöglicht, sehr wesentlich dazu beitragen kann, dem Uebermut der industriellen Kartelle entgegenzuwirken; vermag solche Politik auch nicht die Kartellbildung zu hemmen, wie denn z. B. auch das freibändlerische England seine Kartelle und Syndikate hat, so hält sie doch meist die von den Kartellen beliebten Preistreiberer in gewissen Schranken.

Genossenschaftswesen und Genossenschaftsbank. Das „Berl. Tageblatt“ wendet sich in seinem Handelsbeilagen gegen eine Verquickung des Genossenschaftswesens mit der Deutschen Genossenschaftsbank, die es darin findet, daß die Blätter für Genossenschaftswesen eine Bekanntmachung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften enthalten, wonach sich die Herren Dr. Erüger, Anwalt des Allgemeinen deutschen Genossenschaftsverbandes, und Dr. Albert, Direktor des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein, zur Vertretung der Aktionäre der Deutschen Genossenschaftsbank Soergel, Parrifius u. Co. auf der Generalversammlung bereit erklären.

„Aus dieser Bekanntmachung“, meint das Wossische Blatt, läßt sich, zumal der eine Unterzeichner, Dr. Erüger, dem Aufsichtsrat der Bank angehört, entnehmen, daß die Urheber des Antrags in der Versammlung für die Verwaltung der Bank eintreten wollen. Daß Herr Erüger in seiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrates der Bank faktisch oder klug handelt, wenn er die Vertretung von Aktionären übernimmt, wird zu bezweifeln sein. In seiner Eigenschaft als Anwalt der Genossenschaften hätte er sich aber, wie der andre Mitunterzeichner, eines solchen Auftrages umfomehr zu enthalten gehabt. Denn die Vorkommnisse bei der Bank, die in der Generalversammlung zu besprechen sein werden, haben mit dem Genossenschaftswesen an sich nichts zu thun.

In unserer „Wochenschau“ vom vorigen Sonnabend haben wir bei Rennung der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Genossenschaftsbank Herrn Dr. Erüger als den „verdienten Genossenschafts-Anwalt“ angeführt. Wir möchten nunmehr aber Herrn Dr. Erüger empfehlen, mit den bei der Bank begangenen Verfehlungen das Genossenschaftswesen nicht derart zu verquickeln, daß von den Schäden, die die Bank betroffen haben, auch das Genossenschaftswesen in Mitleidenschaft gezogen werde.“

Es ist begreiflich, daß, nachdem sich bei der Deutschen Genossenschaftsbank starke Verluste infolge einer durchsahrsfähigen Geschäftsführung ergeben haben, das freisinnige Blatt es gerne so darstellen möchte, als hätte das freisinnige Genossenschaftswesen mit der Genossenschaftsbank nichts zu thun, und die Tatsache, daß die Verluste nicht durch den Verfall mit den Genossenschaften, sondern durch die Beteiligung an industriellen Unternehmungen entstanden sind, giebt ihm eine gewisse Berechtigung dazu. Fraglich ist aber, ob die Nennung an die Adresse des „verdienten Genossenschafts-Anwalts“ etwas helfen wird. Herr Erüger hat sich allezeit mehr als freisinniger Politiker, denn als Genossenschaftler gefühlt und als seine spezielle Aufgabe die Hochhaltung der freisinnigen Partei-Aufstellungen im Genossenschaftswesen betrachtet. Es ist daher nur konsequent, wenn er jetzt auch für die freisinnige Verwaltung der Genossenschaftsbank zum Kampf rüstet.

Neues Syndikat. Gestern fand hier eine von einer Reihe Steingutfabriken beschickte Versammlung statt zur Begründung eines Verkaufssyndikats; doch kam es nicht zu dessen Konstituierung. Es wurde vielmehr beschlossen, diese nicht in vier Wochen einzuberufen, den neuen Versammlung vorzubehalten und bis dahin weiteres statistisches Material als Unterlage für die Kontingierung zu beschaffen. Außer der Festsetzung des Anteils der einzelnen Fabriken an dem zum Verkauf gelangenden Gesamtprodukt soll dem Syndikat auch die Befugnis erteilt werden, in Fällen von Absatzrücklagen entsprechende Betriebseinsparungen anzuordnen. Der Verkauf soll ausschließlich durch die Hand des Syndikats gehen und dessen Verfall mit den einzelnen Fabriken derart geregelt werden, daß diese ihre Forderungen dem Syndikat einreichen und von diesem nach Abzug eines gewissen prozentualen Betrages ihre Bezahlung erhalten.

Die Halleische Maschinenfabrik, die bis vor kurzer Zeit noch Ueberstunden arbeiten ließ, entließ, wie aus Halle gemeldet wird, eine größere Anzahl Arbeiter, da neue Aufträge nur spärlich einkämen. Weitere Entlassungen sollen bevorstehen.

Der auswärtige Handel des kaiserlich-ungarischen Zollgebietes gestaltete sich im ersten Halbjahre 1902 im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1901 wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1901	1902	1901	1902
	Wert in tausend Kronen			
Rohstoffe	490 539	434 987	875 578	892 798
Halbfabrikate	111 275	128 714	190 797	184 557
Ganzfabrikate	218 844	217 565	877 808	875 766
Zusammen	815 158	876 249	884 183	908 121
Edele Metalle u. Münzen	16 754	53 589	26 316	35 168
Ueberschuss	831 909	929 838	910 499	938 289

Der Wert der Wareneinfuhr ist in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres um 61 088 965 Kronen größer gewesen als in demselben Abschnitt des Jahres 1901. Die Einfuhr von Erzeugnissen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei ist von 395 807 145 Kronen auf 453 971 568 Kronen gestiegen, diejenige von Erzeugnissen der Industrie von 811 612 776 Kronen auf 826 026 870 Kronen, während sich der Import von Erzeugnissen des Bergbaues und Hüttenbetriebes nur auf 95 674 802 Kronen bewertete gegen 108 237 954 Kronen in den gleichen Monaten 1901.

Die Wareneinfuhr der ersten sechs Monate des laufenden Jahres weist im Vergleich zu der in demselben Monaten des Vorjahres eine Zunahme von 18 937 588 Kronen auf. Der Ausfuhrwert der Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei stieg von 812 072 404 Kronen auf 884 896 038 Kronen und derjenige der Industrie-Erzeugnisse von 498 908 742 Kronen auf 501 161 070 Kronen. Im Werte zurückgegangen ist dagegen die Ausfuhr von Produkten des Bergbaues und Hüttenbetriebes, nämlich von 73 202 448 Kronen auf 67 064 077 Kronen.

Die Admiralität und der Morgantruff. Der Londoner Korrespondent der „Birmingham Post“ teilt mit, daß die Admiralität alle Schiffahrtsgesellschaften, welche dem Morgantruff nicht angehören, aufgefordert habe, eine Liste derjenigen Schiffe aufzustellen, die geeignet sind, eventuell als Streifen zu dienen. Aus dieser Nachricht wird geschlossen, daß die Unterhandlungen zwischen der englischen Admiralität und Morgan zu keinem Resultat geführt haben.

Herr Schwab, der bekannte Präsident des Stahltruffs, soll nach einem in New York verbreiteten Gerücht, von seiner Stellung zurücktreten wollen. Als sein Nachfolger wird von der einen Seite Ganley, der bisherige Vizepräsident des Stahltruffs, von der andern G. C. Reid, der frühere Leiter der Carnegie-Werke, bezeichnet. Der Grund des Rücktritts liegt in Differenzen Schwabs mit Morgan.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Herr Wilhelm Danneberg, Tischler, Mitglied des Vereins der Einiger, erkrankt und mitzuteilen, daß er nicht identisch ist mit dem Danneberg, der kürzlich aus dem Holzarbeiter-Verband ausgeschlossen wurde, weil er die Verbandskasse durch Verwendung gefälschter Beitragsmarken geschädigt hat. Herr Wilhelm Danneberg legt deshalb Wert auf diese Mitteilung, weil er in den Kreisen seiner Kollegen mit dem Markenfälscher verwechselt wird, obgleich er seinen Namen anders schreibt wie dieser.

Deutsches Reich.

Der Droschkenstreik in Hamburg.

Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten scheint die Einigkeit zwischen den Droschkenbesitzern und den Kutschern in die Brüche gegangen zu sein. Meinungsverschiedenheiten herrschen zwischen beiden

Kategorien über das Angebot des Polizeisenators, das Inkrafttreten der neuen Droschkenordnung bis zum 1. Januar hinauszuschieben für den Fall, daß der Betrieb sogleich wieder aufgenommen wird. Während die Kutscher im allgemeinen gegen diesen Vorschlag sind, haben die Führer bereits am Montagabend beschlossen, alles aufzubieten, damit in der am Dienstagvormittag stattfindenden gemeinsamen Versammlung der Vorschlag des Senators angenommen werde, und für den Fall der Ablehnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederaufnahme des Betriebes zu erzwingen.

Ein Telegramm des „Berl. Tagebl.“ meldet, daß in der gemeinsamen Versammlung am Dienstagvormittag der Streik aufgehoben wurde. Ferner beschloß die Versammlung, daß der Senat bei der Ausarbeitung einer neuen Verordnung die Führer und Kutscher hinzuziehe. Andernfalls werde man von neuem streiken.

Holzarbeiter-Streik in Stolp i. P. Am Montag haben sämtliche Tischler und Drechsler die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen sind angebahnt. Die Streikleitung besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes und des Ortsvereins (Hirsch-Gärtner). Jüngst fernhalten. Die Streikenden glauben bald ihre Forderungen bewilligt zu erhalten, da einige Unternehmer sich hierzu geneigt zeigen.

Die Kölner Polizei gegen die Streikenden. Wie unser Kölner Partei-Organ berichtet, geht die dortige Polizei gegen streikende Bauarbeiter mit der bekanntesten Schneidigkeit vor. In einer Mauerbesprechung wurde mitgeteilt, daß Polizeibeamte gegen Streikposten mit blanker Waffe eingeschritten seien, sie gefesselt und abgeführt hätten. Einen Fall geradezu ungleichlichen Verhaltens eines Polizeibeamten schildert unser Kölner Bruderblatt folgendermaßen:

Am Donnerstagmorgen kam ein streikender Bau-Gilfsarbeiter an einen in der Nähe des Schlachthofes liegenden Bau und begann mit den arbeitenden Leuten ein Gespräch. Er hatte kaum begonnen, da kam auch schon einer der dort postierten Schutzmänner auf ihn zu und ersuchte ihn in boshafem Ton, sich zu entfernen. Der Arbeiter ließ sich von dem arbeitenden Kollegen, den er angeregt hatte, befähigen, daß er ihn gar nicht zur Arbeitsniederlegung aufgefordert habe, machte aber democh Miene, der Aufforderung Folge zu leisten. In diesem Augenblick rief ein oben am Bau beschäftigter Verputzer dem Streikenden zu, wenn er sich nicht schleunigst fortmache, schmeiße er ihm einen Stein auf den Hals. Der Schutzmännchen antwortete darauf: „Ja, das dürfen Sie, das thun Sie!“ Der streikende Arbeiter konnte nicht umhin, über diese sehr sonderbare polizeiliche Aufforderung seine Verwunderung auszusprechen, worauf er sich entfernte.

Hoffentlich wird der Schutzmännchen, der so sonderbare Begriffe von dem hat, was Streikenden gegenüber erlaubt ist, von seinem Vorgesetzten darüber belehrt, daß streikende Arbeiter nicht vogelfrei sind.

Die Straßenbahn-Angestellten in Aachen sind am vorigen Sonntag in den Ausstand getreten. Von 128 Fahrern und Schaffnern sind 96 ausfindig. Der Grund sind andauernde Mängelregelungen der im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisierten Angestellten. Die vor etwa sechs Wochen gegründete Organisation hatte sofort unter den Verfolgungen der Direktion der Aachener Kleinbahn-Gesellschaft zu leiden. Diejenigen, die in den Versammlungen das Wort zur Kennzeichnung der Mängel, insbesondere eines geradezu unerhörten Strafsystems nahmen, wurden einfach entlassen. Die Abmündigungen nahmen einen solchen Umfang an und zeigten so deutlich, daß die Direktion die Vernichtung der Organisation wollte, daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden mußten. Die Straßenbahner versuchten alles, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Sie verlangten hauptsächlich Zurücknahme der Abmündigungen und der Entlassungen und Regelung des Strafsystems. Der Betriebsingenieur erklärte: man wolle nur zufriedene Leute; wer sich nicht füge, fliehe hinaus. Mit einer Kommission, die nicht aus Angestellten bestand, wurde überhaupt nicht verhandelt. Die Mitglieder einer dann aus der Mitte der Angestellten gewählten Kommission wurden wieder gefänglich. So war der Ausstand unvermeidlich, wenn man der Vernichtung der Organisation nicht unthätig zusehen wollte.

Zur Ehrenrettung der Streikbrecher, die seiner Zeit ihre wertvollen Dienste der Stuttgarter Straßenbahngesellschaft zur Verfügung stellten, hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft eine Aktion eingeleitet. Nachdem bereits alles, was während des Straßenbahner-Ausstandes an angeblichen Ausschreitungen gegen die Streikbrecher rüchbar geworden ist, durch Strafverfügungen geahndet wurde, hat die Staatsanwaltschaft neuerdings den Arbeitswilligen kund und zu wissen gegeben, daß sie sich beleidigt fühlen könnten durch die „Pul“-Kasse, die ihnen während des Ausstandes aus der angehaltenen Vollmenge entgegengekauft wurden, und daß es nur eines Antrages der „Beleidigten“ bedürfe, um durch Verurteilung des „Pul“-Kassiers die Streikbrecherei wieder reinzuwaschen.

Das Interesse, welches die Staatsanwaltschaft für die Ehre der Arbeitswilligen an den Tag legt, ist ja wahrhaft rührend.

Arbeitsbücher für Maler- und Lackierergesellen will die Maximalunion in Breslau einführen. Diese Arbeitsbücher, die anscheinend denen der Bäckerei „Germania“ nachgebildet sind, sollen nicht etwa nur von jugendlichen, sondern von allen Gesellen geführt werden, die bei den Breslauer Innungsmeisteren beschäftigt sind. Es handelt sich um die Einführung eines Systems, durch das die betreffenden Arbeiter unter eine durch nichts begründete Kontrolle der Meister gestellt und in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden. Deshalb haben auch die Maler- und Lackierergesellen Breslau gegen die zum 1. Januar 1903 geplante Einführung der Arbeitsbücher protestiert.

Eine Warnung für Metallarbeiter. Aus Weierfeld in Sachsen wird uns geschrieben: „Neht idyllische“ Zustände herrschen hier in der Metallwaren-Fabrik von Albert Frank, die öfter in Berlin Arbeiter gesucht und solche auch erhalten hat. Die Arbeitszeit beträgt täglich 11 Stunden. Der wöchentliche Verdienst eines gelehrten guten Arbeiters schwankt zwischen 15-20 M. Ein Verdienst von über 20 M. pro Woche gehört zu den Seltenheiten. Arbeiten in Höhe von 1,50-3,00 M. werden ebenfalls in Accord vergeben und nicht selten kommt es vor, daß ein Arbeiter 1 Stunde und länger auf Material warten muß, ehe er mit der Arbeit beginnen kann. Für diese Wartezeit giebt es keinerlei Entschädigung. Wenn ein Arbeiter eine Arbeit übernimmt und er erklärt dem Obermeister, daß er mit dem festgesetzten Preis nicht auskommen kann, so beschuldigt ihn derselbe mit den Worten: „Machen Sie nur die Arbeit, und wenn Sie nichts dabei verdienen haben, dann kommen Sie nur und sagen es mir, dann werden Sie schon zufrieden gestellt werden.“ Hat man die Arbeit fertig, so erhält man den üblichen Bescheid: „Es gibt nicht mehr; wenn Sie nichts verdienen haben, kann ich nicht dafür.“ Auf diese Weise kommen Löhne, wie die oben angeführten, zu stande. Bei diesen Ungerechtigkeiten wird den Arbeitern noch von seiten ihrer Vorgesetzten eine Behandlung zu teil, wie sie unwürdiger kaum gedacht werden kann.

Wäge dies zur Warnung für alle Metallarbeiter dienen, die in die Lage kommen sollten, Arbeit nach hier anzunehmen.

Ausland.

Der Streik der Holzarbeiter des Baugeverbes in Alby (Schweden) hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. Mit den Unternehmern wurde ein Tarifvertrag auf 2 Jahre abgeschlossen. An dem Streik waren 240 Mann beteiligt.

Eine weitere Lohnherabsetzung von 3 Pence pro Tag wurde den schottischen Bergarbeitern seitens der Unternehmer angekündigt. Der Bergarbeiterverband wird dieser Tage darüber beraten, ob er die Herabsetzung anerkennen soll oder nicht.

Die Typographen von Bergamo (Italien) sind in der Zahl von 150 in den Streik eingetreten. Sie verlangen die Einführung eines Tarifs und der stündigen Arbeitszeit, sowie eine entsprechende Erhöhung für Ueberarbeit.

Die Angestellten der sizilianischen Westeisenbahn befinden sich im Streik.

Sociales.

Die Centralisation der Gewerbe-Zuspektion wird jetzt in Bayern durchgeführt werden. Zum Central-Gewerbe-Zuspektor ist Herr Köllath, bisher Gewerbe-Zuspektor für Oberbayern, ernannt worden.

Ein Kongreß der belgischen Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeitervertreter) findet am 7. September in Mons statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Erweiterung der Funktionen der Beisitzer.

Der Bericht des englischen Chef-Zuspektors der Fabriken und Werkstätten vom Jahre 1901 ist soeben erschienen. Danach ist die Zahl der revisionspflichtigen Fabriken von 95 664 auf 97 845 und die Zahl der revisionspflichtigen Werkstätten von 137 648 auf 143 065 gestiegen. Hierin eingeschlossen sind die Wäschereien, nicht aber die Docks und die Warenhäuser. Durch Unfall Getödete wurden 1035, Verletzte 82 725 gezählt. Gegen das Vorjahr bedeuten diese Zahlen einen Rückgang von 10 Getödeten, dagegen eine Erhöhung der Verletzten um 4750.

Versammlungen.

Eine zahlreich besuchte öffentliche Töpferversammlung, tagend am 14. August im Gewerkschaftshaus, beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Lokalorganisierten Töpfer. John referierte über die Frage „Wann treibt ein Arbeiter Streik?“ — Jeder nur einzeln machen mit den heutigen wirtschaftlichen Kämpfen vertraute Gewerkschaftler und Genosse wisse, was ein Streikbrecher für die kämpfenden Arbeiter zu bedeuten habe. Im allgemeinen verhalte man mit Streikbrechern einen Arbeiter, der im Falle einer Arbeitseinstellung, durch welche die Arbeiter eines Berufes bessere Arbeitsbedingungen erringen wollen, weiter arbeitet oder die Arbeit aufnimmt. Die Frage „Besserung der Arbeitsbedingungen“ sei aber eine ziemlich weitgehende und lasse sich nicht so ohne weiteres abgrenzen, es muß von Fall zu Fall entschieden werden. Die Berliner Töpfer haben eine solche Verbesserung erreicht durch Errichtung eines partiellen Arbeitsnachweises, wodurch das wochenlange demütigende Suchen nach Arbeit beseitigt ist. Die Arbeitgeber haben sich in einer Innungsversammlung ebenfalls für den Arbeitsnachweis erklärt. Die Lokalorganisation der Töpfer hat nun durch die schon bekannten Annoncen im „Vorwärts“ den Arbeitsnachweis nicht anerkannt. Die öffentliche Versammlung am 18. Juli nahm zu dieser Erklärung Stellung und beschloß, über diejenigen Untertnehmer, welche den Arbeitsnachweis hintergehen, die Sperre zu verhängen. Dagegen die Kollegen, welche die Sperre nicht respektieren, als Streikbrecher zu betrachten. Die lokalorganisierten Töpfer lehnten sich nicht an den Beschluß, sie haben vielmehr in einer Vereinsversammlung beschlossen, die gesperren Stellen zu besetzen. Maßgebend ist der Beschluß ausgeführt worden und einige gespernte Firmen durch ihren Nachweis befreit worden. In allem Ueberflusse berichten sie in Nr. 31 der „Einigkeit“, daß sie auf den Titel Streikbrecher stolz sind. Damit haben sich die lokalorganisierten Töpfer außerhalb der modernen Arbeiterorganisation gestellt und die Konsequenzen zu tragen. Auf Grund des vom Referenten vorgelegenen Sachverhalts beschloß die von etwa 1400 Töpfern besuchte Versammlung gegen drei Stimmen, den Verein der Töpfer Berlins nicht mehr als eine Arbeiterorganisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten. Ein weiterer Antrag, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, die nötigen Schritte zu thun, damit die nunmehrigen Streikbrecher auch aus den einzelnen Partei-Organisationen ausgeschlossen werden, fand einstimmige Annahme.

Der Verband der Bäcker hielt am 12. August seine Mitgliederversammlung ab. Vorph gab den Rapport vom Monat Juli. Hierauf erstattete Heßhold Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des vierten deutschen Gewerkschaftskongresses und der Haltung der Vertreter des Bäckerverbandes einverstanden. Daraus referierte Hoff über die drohende Errichtung einer Innungs-Kassenkasse für Berlin. Seine Ausführungen gingen dahin, daß es Pflicht eines jeden Bäckergesellen ist, einem derartigen Vorhaben wirksam entgegenzutreten. Sämtliche Diskussionsredner sprachen in diesem Sinne.

Die Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltungsstelle Berlin, hielt am 12. August die Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Die Kasse hatte im Berichts-Quartal eine Gesamt-einnahme von 2118,40 M., eine Ausgabe von 2587,90 M. Für Streik- und Maßregelungs-Unterstützung wurden im Quartal 1593 M. gezahlt. Der Altmanische Streik hat eine Ausgabe von 2350 M. verursacht. Decharge für den Kassierer wurde einstimmig erteilt. Hierauf erstattete der 1. Bevollmächtigte den Verwaltungsbericht. Aufgenommen wurden 318 Mitglieder. Dem Bericht schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte An. Ausnahme fand der Antrag der Verwaltung, der dahin ging, den beim Dreherstreik in den Rüstwerken in Mitleidenschaft gezogenen Schloßern eine wöchentliche Unterstützung von 9 M. zu gewähren.

Rixdorf. In dem Versammlungsbericht des Socialdemokratischen Wohnvereins Rixdorf ist in der Sonntag-Rummer die Adresse des Kassierers F. Süeler falsch angegeben. Derselbe wohnt Prinz Handjerystr. 43, 1.

Centralverband der Konditiergehilfen und verwandten Berufs-genossen. Mittwoch, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Feine, Altenstraße 96, Mitglieder-Versammlung. Gäste willkommen.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Zum Kulturkampf.

Evreux, 19. August. (W. T. V.) Heute nachmittag fand vor der Präfektur eine Kundgebung zu Gunsten der Freiheit des Unterrichts statt; es entstand ein Handgemenge, bei dem ein Beamter der Präfektur verwundet wurde. Drei Personen wurden verhaftet.

Brest, 19. August. (W. T. V.) Die Staatsanwaltschaft hat gegen die während der gestrigen Kundgebungen in Ploudaniel und Saint-Renan verhafteten Personen das Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Magdeburg, 19. August. (W. T. V.) Einen Doppelselbstmordversuch unternahm in einem Gasthause in der Löhndorstraße der Bergbauarbeiter vom 27. Infanterie-Regiment und ein junges Mädchen, das er für seine Schwester ausgegeben hatte; die Persönlichkeit derselben ist noch nicht festgestellt. Beide wurden mit giftigen Pulskugeln auf ihrem Zimmer gefunden, doch hofft man, sie am Leben zu erhalten. Es handelt sich anscheinend um eine Liebesaffäre.

Graz, 19. August. (W. T. V.) Von der Ruine Gresting stürzte der Tourist Fischholzer ab und wurde schwer verletzt, außerdem hat er die Sprache verloren.

Belgrad, 19. August. (W. T. V.) Die nach Paraciac führende große Brücke ist eingestürzt. Ein Zollwächter wurde getödet.

Brüssel, 19. August. (W. T. V.) Das „Journal de Bengelles“ meldet den Rücktritt des Ministers für Industrie und Arbeit Baron Surmont de Woldebergh von seinem Posten; sein Nachfolger wird der Deputierte für Bütlich, Francotte.

Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiter-Partei in Oestreich.

Aussig a. d. Elbe, 18. August 1902.

(Schluß der Sitzung vom 17. August.)

Der Referent Schramm e l. - Aussig begründet unter eingehender Darlegung der besonderen östreichischen Parteiverhältnisse folgende Resolution, die den Kern seiner Ausführungen enthält:

In dem Maße, als die Arbeiterklasse politische Rechte erobert und an politischen Gewichte zunimmt, wächst auch das Bedürfnis der herrschenden Klassen, die Arbeiterstimmen für sich zu gewinnen und die Macht der Arbeiter durch ihre Spaltung zu schwächen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter kümmern, so geschieht es gemeinhin, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, um den Klassenkampf zu verwirren, abzustumpfen und zu verfälschen. In Oestreich insbesondere ist die korrupte und forumpierende Einrichtung der fünften Kurie für die bürgerlichen Parteien Veranlassung, Möglichkeit und Verleitung, neben den eigenen Partei-Organisationen Asterorganisationen aus proletarischen Elementen zu bilden, die unter der falschen Flagge von Arbeiterparteien Ausbuteinteressen dienen. Diese Fiktionen der bürgerlichen Parteien mit proletarischen Firmen sind eine Schule der Verjüngung und Korruption der irregeleiteten Arbeiter, die ihren schlimmsten Feinden als Werkzeug und Marionetten dienen müssen. In schamloser Nachahmung der socialdemokratischen Organisation und der echten Gewerkschaftsbewegung dienen die sogenannten nationalen und christlich-socialen Arbeiterparteien ausschließlich dem mehr oder minder bewußten Betrug der Arbeiter. Wenn es allerdings im allgemeinen nur die an Eusefisch und Charakter schwächeren Elemente der Arbeiter sind, die diesem Betrug unterliegen und sich dazu verleiten lassen, der Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen, so können trotzdem zu Zeiten und bei günstiger Gelegenheit diese Verfälschungen vorübergehend eine gewisse Bedeutung gewinnen und das Fortschreiten unserer Organisation für eine Zeit lang empfindlich hemmen. Es ist darum die Pflicht der Parteigenossen dafür zu sorgen, daß die Arbeiter den bürgerlichen Arbeiterpartei-Verbindungen alle plumpen Verführungen, die indifferenten Arbeiter von ihren wahren Zielen abzulenken, gegen ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen, ja direkt Verräterische und Streifzucker zu züchten. Es muß rücksichtslos gekehrt werden: wie dort statt klaren Klassenbewußtseins launige Auserwähltheiten, statt proletarischen Stolzes spießbürgerliche Eitelkeit, statt mannhafte Kampfesmutus erbärmliche Anechtelikeit gefördert wird. Es muß den Arbeitern gezeigt werden, daß, wie die Socialdemokratie die Frucht der Kraft und der Weisheit des Proletariates ist, ihre bürgerliche Verfälschung nur möglich ist durch die Schwäche und Minderwertigkeit der Arbeiter; der Parteitag fordert demnach die Genossen auf, die bürgerlichen Verräter rücksichtslos zu brandmarken, er erwartet aber auch, daß sie den so betroffenen Proletariaten mit aller jener zähen Aufklärungsarbeit zur Seite stehen, deren gerade diese so sehr bedürfen, und daß sie, stets bereit zur Verschönerung, jede Gelegenheit begrünzeln werden, die den verblendeten Brüdern es erleichtert, auf den Boden zurückzukehren, der ihre Heimat ist, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Zugleich erklärt der Parteitag aus diesem Anlaß, daß die Vereinfachung des Privilegienparlamentes samt der forumpierenden fünften Kurie, die Erziehung des Wahlrechts durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nur eine Forderung des Rechts, sondern auch ein Gebot der politischen Reife ist.

Die Diskussion, die sich ganz auf dem Boden des Referats bewegt und sich des näheren mit der alldeutschen Arbeiterpartei-Gründung und der tschechischen nationalen Arbeiterpartei beschäftigt, schließt zur Annahme der Resolution in der Montagssitzung.

Zu dem Punkte: „Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung“, wird noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

Nachdem die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung auch in den nationalen Turn- und Vereingangsvereinen einen starken Nährboden findet, sind auch diese von den Genossen überall in geeigneter Weise zu bekämpfen und ist speziell seitens der Arbeiter-Turn- und Vereingangsvereine darauf hinzuwirken, daß ihre Reihen durch diesen Kampf gekräftigt und so die jüngeren noch nicht zielbewußten Arbeiter der Präparationsarbeit der nationalen Turnvereine entzogen und für das Eintreten in die socialdemokratische Bewegung vorbereitet werden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die „Presse“. Ueber den finanziellen Stand der Partei-Unternehmungen wird in vertraulicher Sitzung verhandelt.

Zu der

Nachmittagsitzung

referiert P o p p über die „Presse“. Er betont, daß die Presse das hervorragendste Erziehungsmittel für die Arbeiterklasse sei. Um diese prinzipielle Aufklärungsarbeit verrichten zu können, müssen die notwendigen Voraussetzungen vorhanden sein, genügend finanzielle Mittel und befähigte Leute. Blätter sollten nicht gegründet werden, nur weil ein Vertrauensmann arbeitslos ist oder ein Drucker einen Druckauftrag erhalten will. Ein schlecht hunderttes Blatt kann die Bewegung in einem Kreise schwer schädigen. Oft genug hat der Parteitag beschlossen, daß bei Platzfindungen mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden muß. Leider haben diese Ratschläge nicht immer Beachtung gefunden. Unsere Provinzpresse läßt viel zu wünschen übrig. Eine Reihe Parteiblätter, die am 15. August erschienen sind, haben nicht mit einer Silbe vom Parteitag Notiz genommen. Auf einem früheren Parteitag ist die Errichtung eines Partei-Redaktionsbüros beschlossen worden. Der Beschluß konnte aber nicht ausgeführt werden, weil die Provinzpresse mit wenigen Ausnahmen nicht zahlen wollte. Die Provinzpresse ist auf die „Wiener Arbeiterzeitung“ angewiesen. Über Scherensarbeit gilt als Schande. Die Notizen werden also umgeschrieben und in verschlechterter Ausgabe gebracht. Die Organisationsgebenden Provinz-Redactoren nicht die Mittel in die Hand, sich eigene Quellen zu verschaffen. Meistens muß der Redacteur sich alles selber kaufen, was er zu seiner geistigen Weiterbildung braucht. Die Redactionen aber sind zum Teil sehr schlecht bezahlt, sie sind wirkliche Lintenkulis, die mit unzulänglichen Mitteln das Blatt bestehen und gleichzeitig die Organisation leiten sollen. Das muß nun, wo wir härter geworden sind, anders werden. Es müssen in erster Linie mehr Mittel für die Redaktionen aufgewendet werden. Das geht aber nicht, wenn so viele nicht lebensfähige Blätter erscheinen. Es ist nicht notwendig, daß jeder Bezirk sein Blatt hat. Wir müssen die Genossen von Deutsch- u. Böhmern zusammenführen und ein großes Tagesblatt schaffen, das den Gegnern imponiert, so würde das für die Agitation und das Ziehen der Partei von großem Nutzen sein. (Zustimmung.) Die jetzigen kleinen Wochenblätter in Böhmen sind ganz unzulänglich, welche große Wirkung hätte nicht die „Wiener Arbeiterzeitung“ aus, obwohl auch ihre Verbreitung noch besser sein könnte. Redner beipflichtet die östreichische Presseform und fordert die volle Freigabe der Kolportage. Die Aufhebung des objektiven Verfahrens scheint auf den ersten Blick ein Fortschritt zu sein, aber sie krankt an sehr vielen Mängeln (bei Reichslandsbeleidigungen, Reklamationen) und läßt der Auslegung durch die Gerichte zu weiten Spielraum. Koerber läßt jetzt nichts konstatieren, aber die Zeiten können sich wieder ändern. Ob es besser ist, wenn die Beleidigungsklagen den Schwörmengerichten, die in Wien a. B. ganz in den Händen der Christlich-Socialen sind, entzogen und den ordentlichen Gerichten überwiehen werden, ist eine offene Frage. In Wien wären uns Verräter lieber, als die antimenschlichen

Geschwornen, aber in anderen Städten ist es anders. Prinzipiell stehen wir ja auf dem Standpunkt der Rechtsprechung durch das Volk, durch Geschworne, die nicht von den privilegierten Klassen, sondern vom Volke gewählt werden. Wir müssen es der Fraktion überlassen, das Richtige in dieser schwierigen Frage zu finden, die Vorlage der Regierung ist nicht in Vorschlag und Vogen zu verwerfen. Scheitert jetzt die Presseform und gelingt es uns nicht, daraus zu retten, was zu retten ist, so wird die ganze Reform auf Jahre hinaus verschoben. Die gegenwärtige Vorlage muß so gut als möglich verbessert und dafür gefordert werden, daß sie wirklich Gesetz wird. Zum Schluß beipflichtet Redner die vorliegenden Anträge auf Herausgabe von Broschüren und Ausgestaltung des Parteikalenders. Die Salzburger Genossen haben nun deshalb einen Volkskalender herausgegeben, weil die Buchdrucker Arbeit gebraucht haben. Es besteht der Beschluß, daß nur die Parteileitung Kalender und Matzzeitung herausgeben darf. Der Salzburger Volkskalender müsse vom Parteitag als Privatunternehmen bezeichnet werden. (Beifall.)

In der Diskussion weist Dr. A d l e r darauf hin, daß die Presseform neben dem Ausgleich der wichtigste politische Gegenstand ist. Nur deshalb ist die Presseform nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gestellt worden, weil juristische Einzelheiten hier nicht besprochen werden können und weil wir nicht wissen, wie Abgeordnete eine gebundene Majorität geben wollen. Eins muß aber mit größter Bestimmtheit gesagt werden. Herr von Koerber hat uns mit dieser Presseform etwa zwei Jahre lang zum Karren gehalten. Schon in der Thronrede war sie angekündigt und alle sechs Monate etwa gab Koerber das feierliche Versprechen ab, die Presseform einzubringen. Nicht zuletzt ist es dem energischen Eintreten unserer Fraktion und Presse zuzuschreiben, wenn die Presseform endlich aus dem Bureau des Ministeriums ans Licht gelangt ist. Aber es besteht die sehr dringende Gefahr, daß diese Presseform verschleppt werden wird, weil die bürgerlichen Abgeordneten zu wenig Interesse an ihr haben. Da haben wir die Pflicht zu sagen, daß wir uns nicht foppen lassen, daß wir das Gesetz haben wollen und in Parlament und Presse alles thun werden, daß diese Sache vorwärts gepeitscht werde. (Bravo!) Vielleicht haben wir es nötig, dabei an Ihre Hilfe zu appellieren. Weiter müssen wir konstatieren, daß wir uns über den Inhalt der Vorlage nicht täuschen. Sie hat große Vorzüge durch die Vereinfachung des Kolportageverbots und des objektiven Verfahrens. Dieser für Oestreich ungeheure Fortschritt ist natürlich nur ein Fortschritt für Oestreich. In anderen civilisierten Ländern würde die Vorlage einen Fortschritt überhaupt nicht bedeuten. Herr v. Koerber ist ja nur deshalb modern, weil das bisherige Oestreich so unmodern war. Unsere bisherigen Zustände sind die dunkle Farbe, von der er sich leicht glanzvoll abheben kann. (Bravo!) Für unsere Presse fällt dieser Fortschritt am meisten ins Gewicht. Wir leiden am meisten unter Konfiskationen und unter der Bekämpfung der Kolportage. Dieser wichtige Fortschritt aber soll nach dem Willen der Regierung begahrt werden mit sehr schweren Opfern. Wird die Vorlage Gesetz, so besteht die Gefahr, daß Pressevergehen dem Schwurgericht entzogen werden, und zwar nicht nur die Pressevergehen, die Privatbeleidigungen enthalten, sondern auch solche Pressevergehen vor die Bezirksgerichte kommen, die eine Kritik öffentlicher Zustände enthalten und nicht mehr als Amtsbeleidigungen, sondern als Privatbeleidigungen von Amtspersonen verfolgt werden würden. Sie begreifen, daß damit ein großer Teil der Pressefreiheit für uns einfach verloren gehen würde. Unsere Abgeordneten werden sehr gut wissen, was sie da zu thun haben. Die Einführung des subjektiven Verfahrens ist uns recht. Wir wollen nicht länger anonym eingeklopft werden. Wenn wir für unsere Reden haben sagen können, sind wir auch entschlossen, für das zu sagen, was wir schreiben. (Heiterkeit.) Wohl wird die persönliche Freiheit unserer Redactoren gefährdet, aber wir wollen uns wegen Beleidigung von Beamten nicht von Beamten aburteilen lassen. Wir wissen, wie es mit der Unabkängigkeit der Richter in Oestreich und überall bestellt ist. Der Willkür und dem Kommando des Justizministers wollen wir nicht ausgeliefert werden. Der andre wichtige Punkt ist die Freigabe der Kolportage. Aber diese Freigabe wird im Entwurf durch leinliche, überflüssige und lächerliche Bestimmungen eingeschränkt. Nun, auch damit werden wir fertig werden. Wenn man schon einmal ein Gesetz macht, sollte man gleich ein anständiges machen. Im Kampf um die Presseform werden wir im wesentlichen auf die eigene Kraft angewiesen sein. (Beifall.)

Die weitere Diskussion bewegt sich in Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen. Eine kleine Aussprache entspinnt sich über die Ausstattung der Reichsblätter. Ein Redner, der seine Unzufriedenheit über den jeffsonnischen „umantelischen“ Gehmaß in der Ausstattung anspricht, findet Widerspruch. Die meisten Redner sind der Ansicht, daß Anstufungen nicht vor das Forum eines Parteitag gehören.

In der Abstimmung wird der Antrag C z e c h einstimmig angenommen, der die Fraktion auffordert, darauf zu dringen, daß die von der Regierung vorgelegte Presseform in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelangt und im Sinne unseres Programms abgeändert und ausgestaltet wird. Weiter wird beschlossen, daß Parteifestschriften und Kalender nur im Einverständnis und unter Billigung der Parteileitung herausgegeben werden dürfen. Der Parteileitung wird es überlassen, eine Broschüre mit den Kriterien der „Arbeiter-Zeitung“ über die Presseform herauszugeben. Die Gründung einer deutschen Tageszeitung für Böhmen, wobei als Ort des Erscheinens an Prag gedacht wird, soll auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses gesetzt werden. Damit ist der Punkt „Presse“ erledigt. Unter Verschiedenem wird es der Parteileitung überlassen, den Ort des nächsten deutschen Parteitages, der in zwei Jahren stattfindet, zu bestimmen.

Persönlich beschwert sich Dr. S t a r k -Karlbad über die persönliche und verletzende Form, in der ihn Dr. Adler gestern behandelt habe. Adler habe seine sehr angenehme Situation im Schlusswort ausgenutzt und in sehr unritterlicher Weise seine hervortragende Intelligenz, sein gefestigtes Partei-Ansehen und seine glänzende oratorische Begabung dazu verwandt, um ihn, den Schwachen, niederzuschlagen. Durch diese Bekämpfung jeder Opposition gegen die parteiorganisatorische Salbung werde nur ein Mameludentum in der Partei großgezogen. Es sei nicht jedermanns Sache, sich an cannalis behandelnd zu lassen.

Dr. A d l e r: All das hätte Starb sofort in einer persönlichen Bemerkung sagen können. Es sei das gute Recht eines jeden Delegierten, seiner Meinung den möglichst schärfsten Knodend zu geben. Dieses Recht werde durch Empfindlichkeit nicht gefördert. Wenn man von dem Recht der Kritik einen so ausgeübigen Gebrauch mache wie Starb, dann müsse man sich auch gefassen lassen, daß die Antwort scharf, klar und unmissverständlich sei. Mitter seien wir ja alle nicht (Heiterkeit), aber es sei nicht wahr, daß Starb so schwach sei. Gegen wirklich Schwache lasse er sich Unritterlichkeit nicht zu Schulden kommen. Starb aber habe kein Mittel verdient. Er habe der Parteileitung vorgeworfen, daß sie würde besseres Wissen eine konnvente Opportunistenpolitik treibe. Eine solche Behauptung hätte gebändert werden müssen. Wenn einem Unerschlichkeit als Motiv untergeschoben werde, müsse man seine Parteiehre wahren. Auf den Parteitag der deutschen Partei werde vielschärfer gesprochen als bei uns, und es habe der Partei nicht geschadet. Wir sind nicht mehr eine so kleine Partei, daß jeder Genosse in Worte gewidelt werden muß. Seine Meinung über das Verhalten Starbs müsse er vollständig aufrecht halten. (Lebhafter Beifall.)

Starb -Soaz bekennt sich als Vertreter der einzigen in Oestreich bestehenden Landarbeiter-Organisation, daß ein Redner auf dem Grayer Parteitag gesagt habe, den Bauern dürfe man, wenn

man sie gewinnen wolle, nicht mit der Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und mit der Vereinfachung der Dienstbotenordnung kommen.

Dr. A d l e r stellt aus dem Grayer Protokoll fest, daß der betreffende Redner diese Ansicht nur geäußert, um auf die Schwierigkeit der Agitation unter den Bauern hinzuweisen. Der Referent habe damals im Schlussworte ausdrücklich erklärt, daß den Dienstboten haltenden Bauern gegenüber der proletarische Standpunkt festzuhalten sei.

Die Abgg. Bernerstorfer und Seiz haben hervor, daß dieser Standpunkt auch im Reichstagsprotokoll zum Ausdruck gekommen sei und daß dort die baldigste Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung und die Einführung einer Arbeitsordnung für die landwirtschaftlichen Arbeiter beantragt worden sei.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages beendet.

Es folgen Dank- und Schlussreden. Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen begeistert in das Hoch auf die internationale Socialdemokratie ein, das P o p p ausbringt. Das Lied der Arbeit wird gesungen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Kreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Die Kreis-Konferenz findet am Sonntag, den 24. August, nachmittags 2 Uhr, im Lokale der Witwe Thomas, Reinickendorf, B e f f., Eichhornstraße, statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: A. Stadthagen.
2. Aufstellung eines Reichstagskandidaten.
3. Die Provinzial-Konferenz für Brandenburg und die Wahl von Delegierten hierzu.
4. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl von Delegierten.
5. Lokalfrage.

NB. Die Genossen werden ersucht, die §§ 5 und 7 zu beachten; die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein.

Die beste Verbindung zwischen Berlin und Reinickendorf bietet die Straßenbahn nach Zegel (Station Eichhornstraße).

J. A.: Der Kreisvertrauensmann,

Georg Freiwaldt, Paulow, Florstr. 30.

Wilmersdorf. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet im Pensionat, Wilhelmstraße 112, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossin J b a K l i m a n u über: „Ehe, freie Liebe und Socialdemokratie“ referieren wird. In Anbetracht des wichtigen Themas werden die Genossen besonders ersucht, mit ihren Frauen recht zahlreich zu erscheinen.

Reinickendorf. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Müller, Berlinerstr. 29, die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Referent: Genosse Th. Me y n e r.

Lokales.

Zum Milchkrieg.

In einer Zuschrift an die „Deutsche Tagesztg.“ befreitet Herr Ring -Düppel, daß bei der Centrale Reigung zum Frieden besche, ferner wird der Syndikus der Milchhändler, Herr Dr. Flatau, in der Zuschrift bezeugt, vertrauliche Versicherungen des Syndikus der Centrale, Dr. Eichenbach, unter Beacht gebener Zusagen völlig entfällt in die Öffentlichkeit gebracht zu haben.

Hierzu schreibt uns Herr Dr. Flatau:

In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 10. August befreitet die Milchcentrale — mit der Unterschrift des Herrn Ernst Ring — daß bei ihr eine Friedensvereinbarung besche und daß diese Reigung ihren Ausdruck in Verhandlungen zwischen ihrem eignen Syndikus, Rechtsanwalt Eichenbach, und dem unterzeichneten Syndikus der Milchhändler-Verbände gefunden habe. Demgegenüber muß im Interesse der Wahrheit festgesetzt werden:

1. Herr Eichenbach, dessen eigne Zuschrift an die „Vossische Zeitung“ dieses Dementi geradezu widerlegt, hat als Legitimation für die eingeleiteten Friedensverhandlungen ausdrücklich hervorgehoben, daß er durch schriftliche Instruktionen vollständig gedeckt sei. Er hat

2. dieselbe Thatsache am 16. August einem Mitgliede der Redaktion der „Vossischen Zeitung“ gegenüber ausdrücklich bestätigt, desgleichen

3. daß diese Instruktionen zwar nicht von Herrn Ring-Düppel, wohl aber von maßgebenden einflussreichen Persönlichkeiten der Milchcentrale erteilt seien, als welche

4. Herr Rechtsanwalt Eichenbach dem unterzeichneten Anwalt ausdrücklich den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn von Bredow und Herrn Schrader-Altlandsberg benannt hat.

5. Herr Eichenbach hat dem unterzeichneten am 15. August bereits mitgeteilt, daß er in Verfolg der Erklärung, wonach die Milchhändler eine Einigung mit der monopolistischen Milchcentrale selbst unter allen Umständen ablehnen, das Statut für eine freie Vereinigung von Milchproduzenten ausgearbeitet habe, desgleichen ein Circular, das den Genossenschaftlern der Milchcentrale die Abtrennung dieser neuen Vereinigung, welche die Geschäftsverbindung mit den Milchhändlern pflegen soll, ankündigt würde. Auch hat

6. Herr Eichenbach diese Bläne, denen auch der unterzeichnete Anwalt sympathisch gegenüber stand, weil sie eine offene Losung von dem Monopolgedanken bezeugten, in der Redaktion der „Vossischen Zeitung“ eingehend auseinandergesetzt.

Bei den Verhandlungen ist von vornherein beiderseits zur Verbindung gestellt worden, daß eine offene Mitteilung über jeden Schritt an alle leitenden Persönlichkeiten des Milchhandels geschehen muß, und daß diese wiederum mit ihren eignen Machtgeboten Rührung nachsuchen sollen. Dementsprechend ist dießseits verfahren worden, wie auch nach den Erklärungen des Herrn Eichenbach auf der andern Seite die Sache entsprechend gehandhabt worden ist. Der letztere Umstand hat dazu geführt, daß in der letzten Vereinsversammlung der Berliner Milchhändler aus dem Kreise der Interessenten heraus Ankunst darüber verlangt wurde, was an dem über Friedensverhandlungen umlaufenden Gerüchte Wahres sei. Sowohl von den leitenden Persönlichkeiten des Milchhandels, wie von dem unterzeichneten Anwalt der Milchhändler-Verbände ist dann pflichtgemäß über die Vorgänge und die Haltung der Vertreter des Milchhandels Ankunst gegeben worden. Jegend welche Verpflichtung, unsre Machtgeber zu täuschen, war, wie erwähnt, niemals übernommen worden. Von einem Geheimnis über Verhandlungen, die allen Vertretern des Milchhandels von vornherein bekannt gegeben wurde, und über die diese Vertreter weiter mit ihren Machtgeboten sofort Rührung suchen sollten, war selbstverständlich niemals die Rede und konnte bei vernünftigen Menschen die Rede nicht sein. Die Ankunst in der Sitzung lautete genau den wirklichen Vorgängen entsprechend. Sie betonte insbesondere, daß die Ankunst nicht von der offiziellen Vertretung der Milchcentrale, wohl aber von einflussreichen Interessenten geschehen sei. Der nachträgliche Bericht in den Zeitungen hat übrigens gerade diesen Punkt genau den Thatsachen entsprechend wiedergegeben. Ein einziges, nicht wesentliches Mißverständnis war in dem Bericht nur insoweit unterlaufen, als von Erklärungen der verschiedenen Vertreter des Milchhandels bei den Friedensverhandlungen die Rede war, während inhaltlich die drei Konferenzen zwischen den beiderseitigen Anwälten stattgefunden hatten — allerdings nach jeweiliger Rücksprache mit ihren Auftraggebern.

Infolge einer Rohrpostkarte des Herrn Eschenbach hat der Umstand, daß die Öffentlichkeit von den Friedensverhandlungen erfahren hatte, bei seinen Nachbarn — vielleicht auch nur bei einem Teil derselben — einen starken Mißschlag zur Folge gehabt. Nachdem man keine rechte Gegenliebe gefunden, sollte vielleicht der Wunsch rege geworden sein, den Rückzug durch eine Desavonierung des Unterhändlers zu decken? Herr Eschenbach schrieb dem Unterzeichneten wörtlich: „Der Bericht hat inhaltlich alles in Frage gestellt.“ Nach der letzten Zuschrift der Milchzentrale möchte ich beinahe annehmen, daß der Ausdruck „in Frage gestellt“ sich auch auf Thatsachen bezieht, die niemals in Frage gestellt werden dürfen!

Wenn allerdings Herr Ring-Düppel persönlich in der Zuschrift die vorewähnten Thatsachen in Zweifel zieht, so bleibt die Annahme übrig, daß er über die Vorgänge mangelhaft oder irrtümlich informiert ist, wie solches im Verlauf des Milchkrieges leider so oft der Fall war. Es sei an die in den Kreisen aller Beteiligten lebhaft erörterte Thatsache erinnert, daß Herr Ring-Düppel in einem Circular an die Genossenschaft der Milchzentrale von Ende März wörtlich drüben ließ: „Ein Blick in die Verträge, welche mit E. Woll abgeschlossen sind, oder im Lauf der nächsten Woche abgeschlossen werden, zeigt, daß der Abschluß 13 1/2 Pfennige franco Berlin beträgt.“ Bekanntlich hat sowohl die Firma E. Woll in ihrem letzten Circular, als auch die Milchzentrale selbst in ihrem Schreiben vom 7. August ausdrücklich bestätigt, daß die Firma Woll ein Quantum von 58 000 Liter Milch zu einem Preise unter dem Centralpreis von 13 1/2 Pfennig franco Berlin bezog. Der Vorgang ist der Öffentlichkeit seit geraumer Zeit bekannt. Eine Aufklärung über die erstaunliche Divergenz in den eigenen offiziellen Aeußerungen der Milchzentrale wird sicherlich geeignet sein, Behauptungen oder Dementis, die von ihr ausgehen, das wünschenswerte Gewicht zu verleihen.

„In freien Stunden“, jene im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenschrift, entwickelt sich kräftig weiter. Der Verlag sucht die Leser und Leserinnen nicht allein mit den neueren Erscheinungen der Litteratur bekannt zu machen, sondern hält auch an dem in der Zeitschrift mit Recht zur Geltung gekommenen Grundgedanken fest, die Kenntnis guter Romane früherer Perioden, soweit diese Werke in der Weltlitteratur Bedeutung erlangt haben, der Arbeiterklasse zu vermitteln. So ist am 1. Juli mit dem Abdruck von Alexander Dumas hervorragendem Werk „Die drei Musketeiere“ begonnen worden. Der fröhliche Humor, die prächtige Charakterisierung der Figuren, und vor allem die spannende Handlung in der unerschöpflichen Reihe der leidenschaftlichsten und unglaublich klingenden Konflikte und Abenteuer sichern diesem Roman seine Unsterblichkeit.

Neben diesem Hauptroman bringen die „Freien Stunden“ die überaus spannende Erzählung: Die schwarze Galeere von W. Noabe. Der Dichter behandelt in ihr eine Episode aus dem Feldenkampf der Niederländer gegen die Gewaltthätigkeit der Spanier am Ende des 16. Jahrhunderts. Die rohen Scenen des Krieges bilden den Hintergrund für den Liebesbund zweier junger Menschen.

Ansichtshäfte der Zeitschrift „In freien Stunden“ liefert jede Buchhandlung, jeder Kolporteur oder der Verlag gratis und franko. Abonnements nehmen entgegen: jede Postanstalt (Postzeitungs-Katalog für 1902 unter Nr. 3715), jeder Kolporteur, jede Buchhandlung, sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 19, Weisstr. 2.

Für die neuen Frauenanstalten der Stadt Berlin unterbreitet Geh. Rat Dr. Noeli dem Magistrat in der bereits erwähnten Denkschrift sehr beachtenswerte Vorschläge, namentlich in Bezug auf die Art und Größe der vierden und fünften Anstalt. Zum besseren Verständnis sei vorausgeschickt, daß die beiden Anstalten Daldorf und Herzberg für je fünfzig Patienten eingerichtet waren, oft aber weit über diese Zahl hinaus belegt werden mußten (Daldorf bis 1350) und daß die dritte Frauenanstalt Buch von vornherein auf 1500 Kranke berechnet worden ist. Diese Zahl hält Geh. Rat Dr. Noeli auch für die vierte Anstalt für ausreichend; er schlägt auch vor, diese Anstalt, ebenso wie Buch, weniger nahe bei der Stadt zu etablieren, wie die beiden ersten Anstalten, und sie zu einer möglichst einfachen Behausung der Mehrzahl ihrer Kranken zu gestalten. Gegenüber den älteren Anstalten aber empfiehlt der Gelehrte verschiedene Aenderungen in Bezug auf den Lageplan sowohl, wie im Verhältnis der einzelnen Krankegruppen vorzusehen; ebenso wünscht er vollkommenen Einrichtungen für die Unterbringung der gewöhnlichsmäßig zu Geschehensverlegungen gelangten Kranken, soweit diese eine besondere Trennung von den übrigen Gruppen erfordern. Ueber die Besuche, die Familienpflege ausgedehnter zu verwenden, schreibt Dr. Noeli: Es sollen „Landes-Asthe“ kleineren Umfangs hergestellt werden bei Ortschaften, die eine Unterbringung zahlreicher Kranken und Familien nach dem Muster der belgischen, neuerdings auch französischer Kolonien in Aussicht nehmen lassen. Man könnte daher an etwas Ähnliches auch für die Berliner städtische Fürsorge denken, wenigstens an den Versuch, wenn auch nicht einen großen Bruchteil von Kranken derart unterzubringen, so doch mit der vierten und fünften Anstalt solche Einrichtungen in Verbindung zu setzen. Das würde jedenfalls auf die Wahl des Ortes von Einfluß sein müssen, weniger auf die Größe der Anstalt. Eine durchgreifende Herabsetzung des Bedürfnisses an Anstaltsplätzen wird allerdings auf diesem Wege nicht erwartet werden können; bei einer so großen Aufgabe, wie der vorliegenden, ist jedoch jedes Hilfsmittel willkommen, und deshalb ist eine solche Maßregel, wenn sie auch nicht zur entscheidenden Entlastung der Anstaltsfürsorge dienen kann, wenigstens im Auge zu behalten.

Regulierung des Großhandels durch den Forsthandel?
Eine Korrespondenz meldet: Bei den fiskalischen Auktionen von Holz sind in letzter Zeit die Lagen vielfach nicht erreicht. Aus den Kreisen der kleinen Holzhändler etc. wird uns vielfach darüber Klage geführt, daß sie jetzt kaum noch als Käufer auftreten können, weil die Lese in den Forsten so groß eingeteilt werden, daß nur noch Großhändler bieten können. Auch über die Entmiffionsbedingungen wird vielfach Klage geführt und daß die Texte der Anschlagauszüge häufig so unklar abgefaßt sind, daß die Auffassung über die Bedingungen ganz verschieden sich gestalten.

Organisation der Musiklehrer. Auch die Musiklehrer, soweit sie Privatunterricht erteilen, bereiten eine Lohnbewegung vor. Das Honorar für private Musikstunden ist, infolge der Konkurrenz der Konfessionen und des gegenständlichen Unterrichts, von Jahr zu Jahr heruntergegangen. Versuche, den Stand der Privat-Musiklehrer zu organisieren, sind bisher größtenteils ohne dauernden Erfolg geblieben. Jetzt will man von neuem an die Schaffung einer einheitlichen Organisation herangehen, welche sich mit der Verbesserung der Lage der Privat-Musiklehrer befassen soll. Es wurde bereits ein Programm aufgestellt, das folgende Hauptforderungen enthält: Festsetzung einer Mindest-Honorargrenze, Einführung bestimmter Abkündigungsfristen, Schutz gegen willkürliche Verlegen bezw. Absehen der Musiklehrer, Gründung eines Arbeitsnachweises sowie einer Kranken- und Unterstützungskasse usw. Die eigenartige Lohnbewegung, deren Berechtigung ebenso unbestritten, wie ihr Erfolg zweifelhaft ist, wird mit einem Aufbruch an das musikalische Publikum eingeleitet werden. Die Musiklehrer wollen noch zum Hilfsmittel der „schwachen Lister“ greifen und ihre Verdienstlosen vor solchen Familien warnen, welche den Musikunterricht schadet oder auch gar nicht bezahlen, oder dem Lehrer eine unwürdige Behandlung angedeihen lassen.

Die Automobil-Führer führen neuerdings Klage darüber, daß die Polizeibeamten zu viele Strafanzeigen wegen übermäßig schnellen Fahrens erstatteten. In behördlichen Kreisen ist man

entgegengekehrter Ansicht und auch ein großer Teil des Publikums empfindet es unangenehm, daß innerhalb der Stadt noch vielfach mit Automobilen zu rücksichtslos gefahren wird und zwar namentlich in engeren Straßen, an Kreuzungspunkten und in Abzweigungen. Es ist auch wiederholt der Fall vorgekommen, daß Automobilführer auf den Galtruf eines polizeilichen Exekutivbeamten nicht, wie dies in der Polizeiverordnung vom 15. April v. J. vorgeschrieben ist, sofort angehalten haben. Besonders gefährlich für den allgemeinen Verkehr sind diejenigen Kraftfahrzeuge, welche noch nicht nummeriert sind oder ihre Nummern, sei es mit oder ohne Absicht, zu Hause gelassen haben; diese suchen bei drohender Feststellung fast regelmäßig ihr Heil in wilder Flucht. Die Polizei-Organe sind neuerdings wieder angewiesen worden, mit aller Strenge auf die genaueste Befolgung der zur Sicherheit des Publikums und des öffentlichen Verkehrs gegebenen Vorschriften zu achten und jede Uebertretung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Ein Hochstapler sucht wieder mal Gastwirte zu prellen. Der Mann besucht größere Lokale mit Vereins- und Versammlungsräumen, um sich dann bei dem Wirt als Präses eines akademischen Vereins und Assistenzarzt I. Klasse unter dem Namen Dr. E. d. E. Grön einzuführen. Hat er einige Zeit täglich dort verkehrt, was vielfach in Begleitung einer „Dame“ geschieht, so sucht er dem Wirt seinen angeblichen Einfluß in Studenten-Verbindungen beizubringen. Durch sein sicheres Auftreten, ferner durch Vorzeigung eines von Dr. Leuthold unterzeichneten Diploms, glückt es ihm meist, den Wirt zu gewinnen, und er macht dann einen Mietsvertrag wegen Ueberlassung eines Vereinszimmers zu täglichen Studenten-Versammlungen für irgend ein Corps. In den einzelnen Lokalen wechselt natürlich der Name des Corps. Nachdem dies geschehen und der Tag des Beziehens des Zimmers für einige Wochen später festgesetzt ist, kommt er dann mit einem Herrn, den er als „alten Herrn“ des betr. Corps und Oberstabsarzt vorstellt, um von diesem das Zimmer besichtigen zu lassen. Dieser bestimmt dann die Anbringung von Bildern usw. und drückt dem Wirt seine Befriedigung aus, während der Herr Dr. de Grön hinterher versucht, von dem auf ein gutes Geschäft rechnenden Wirt ein größeres Darlehen zu erlangen. Ist ihm dies gelungen, so beschwindet er und dem auf Zuziehen des Corps wartenden Wirt wird dann klar, daß es mit dem „Herrn Doktor“ und seinen Verbindungen eitel Schwundel ist. In einem Falle hat er einen Wirt der Friedrichstraße, nachdem dieser 300 M. für Errichtung des Zimmers aufgewendet hatte, um 400 M. in Vor angeborgt. Der etwa 27 Jahre alte Mann ist von schlanker Figur und hat einen Anflug von Schnurbart.

Internationale Juwelendiebe haben hier auf dem Kuppelbahnhof an D-Bägen reiche Beute gemacht. Sie nahmen vorwiegend Handtaschen, in denen sich teils bares Geld, teils Juwelen oder Schmuckgegenstände von bedeutendem Wert befanden. Sie nahmen eine braune Handtasche mit schwedischem und deutschem Geld, auf deren eine Seite sich ein Festschlüssel befindet; der Frau Rechtsanwältin Jabobs aus New York eine schwarze Tasche aus Krokodillleder mit silbernen Toilettegegenständen — gezeichnet R. C. C. —; ein gelbe Tasche mit Juwelen im Werte von 10 000 M., bestehend aus Ringen mit Diamanten, einem solchen mit einem Smaragd, einem andern mit einem Opal umgeben von Brillanten, Manichettknöpfen, einer Brosche mit Opal und Diamanten; eine Geldtasche mit österreichischem Geld, ein Kreditbrief aus Cecil Jabobs über 1000 Pfund Sterling, ausgefertigt von Hubelbach, Jodelheimer u. Co. in New York mit der Nummer 6673 vom 23. 10. 01. — Ferner fielen ihnen zu eine Tasche mit 400 M., eine silberne Parfümflosche, eine ebensolche mit 500 M., silberne Theelöffel und ein silbernes Besteck mit dem Zeichen N. D. M.; dann Wertgegenstände im Werte von 2000 M., die während der Fahrt zwischen Berlin und Hannover gestohlen wurden, während sich die Eigentümerin im Speisewagen befand. Für den letzteren Fall kamen zwei Männer in Verdacht, deren einer in Stendal plötzlich verhaftet wurde, während der zweite in Hannover festgenommen wurde. Der letztere gab sich für den 47 Jahre alten Partivarenhändler Heimann Brühl aus Posen aus, wurde aber entlassen, da nichts bei ihm gefunden wurde. Später ergab sich, daß ein Brühl in Posen nicht wohnt, andererseits wurden die Wertgegenstände hinter der Schabbeleiung der Heizungsanlagen im Eisenbahnhof versteckt gefunden. Daran wird entnommen, daß Brühl und sein Genosse gewerksmäßige Eisenbahndiebe sind. Auf die Ermittlung der Diebe wird eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt. Brühl hat etwas Bekanntschaft mit einem russischen Kaufmann Leibe Weinstein, der 1899 in Berlin wegen Taschendiebstahls wiederholt bestraft wurde und auch in Paris unter dem Namen Joseph Spiegel aus Warschau bestraft wurde.

Baumglück. Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Auf dem Bau des Maurermeisters W. Buchow zu Weihensee, Vichtenbergerstraße, hat sich Dienstag früh, kurz nach Beginn der Arbeitszeit, ein Unglück ereignet, bei dem zwei der dort beschäftigten gewesenen Leute, der Maurer Schirz, wohnhaft Berlin, Gartenstraße, und der Bauarbeiter Polkman aus Weihensee, erhebliche Verletzungen erlitten. Die Leute hatten nebst einem dritten Arbeiter, der zum Abnehmen der Steine beordert war, kaum die Mauer betreten, als diese unter der Last zusammenbrach und mit den beiden Leuten unter laulem Krach etwa 8 Meter tief in eine gemauerte Grube hinabfiel. Hierbei muß noch als ein großes Glück betrachtet werden, daß das gesamte Material, Steine, Kalk und Mauerwerk zertrümmert fielen und so also die Verunglückten oben auf die Trümmer zu legen kamen. Der auf der Mauer stehende Arbeiter konnte sich glücklicherweise noch im letzten Augenblick an einem Dachziegel festhalten und ergriff dadurch mit genauer Not den Abstieg. Die Schuld an diesem Unfall ist dem schlechten Mauerwerk sowie der großen Last, mit welcher die Mauerungen stets ausgeführt zu werden pflegen, zuzuschreiben. So war in diesem Falle unter einer halb faulen, ca. 1,75 bis 2 Meter langen Stange, die zwischen zwei Trägern ruhte, überhaupt keine Stütze angebracht, so daß dieses Stücker Stange ohne jedwede Abstützung die Last tragen mußte. Nachdem dann aber das Unglück geschehen, brachte man scheinbar unter sämtlichen noch verwendeten Stangen sogar zwei Steifen an. Hiermit wollte man jedenfalls also zunächst die Ursache des Unfalls vertuschen und wohl auch bei einer eventuellen polizeilichen Untersuchung zeigen, mit welcher Vorsicht auf diesem Bau die Mauerung ausgeführt wird. Man hat aber auch in diesem Falle die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht; diese haben auf dergleichen Unglücksfälle stets ein wachsames Auge und werden auch stets die Ursachen rücksichtslos ans Licht ziehen und kritisieren. Bei den organisierten Arbeitern wird auch dieser Fall wieder dazu beitragen, den Aufbruch der Bauarbeiter-Schutz-Gesetzgebung immer nachdrücklicher und lauter zu erheben.

Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser. Neigung zum Seemannsberuf hat die beiden Präparandenkandidaten Ruhn und Wölfl veranlaßt, der Präparandenanstalt in Schney den Rücken zu kehren und das Weite zu suchen. Die beiden 16 Jahre alten Schüler haben sich nach vorliegenden Anzeichen zunächst nach Berlin begeben. R. ist groß für sein Alter und trug einen schwarzen Anzug und Strohhut; W. ist kleiner, hat rotes Haar und trug eine blaue Mütze. Es wird gebeten, sie anzuhalten.

Durch einen Sturz in einen Fahrstuhl ist die 72 Jahre alte Witwe Alwine Ködinger tödlich verunglückt. Die Greisin hielt sich hier seit kurzer Zeit bei ihrer an den Bäckermeister Thorney verheirateten Tochter in der Hübnerstr. 6 auf. Nachmittags um 4 Uhr verließ sie die Wohnung, vermutlich um mit einem Armenkommissions-Vorsteher am Weidenweg zu unterhandeln. Sie hatte in ihrem Rock ein sogenanntes Armenbuch von auswärts. Im Hause 37 ist die alte Frau nicht zurecht gefunden, an eine falsche Thür gerufen und in den Schacht gestürzt. Dort wurde sie erst am nächsten Morgen um 8 Uhr beimungelos von einem Tischler gefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Dort ist sie an dem erlittenen Schädelbruch gestorben.

Selbstmord eines städtischen Lehrers. Erschossen hat sich am Montagabend der städtische Lehrer Hugo G., welcher in Halensee, Kronprinzendam 6, wohnte. G. der schon seit ca. 20 Jahren an städtischen Gemeindeschulen Unterricht erteilte und nicht unermögend war, beschäftigte sich seit längerer Zeit mit der Ausarbeitung

eines wissenschaftlichen Werkes, welches ihn bezartig in Anspruch nahm, das er selbst während der Ferienzeit zu Hause blieb, um die Fertigstellung seiner Arbeit zu fördern. Am Montagmorgen unternahm G., um sich zu erholen, einen Spaziergang nach dem Grunewald und kehrte gegen 6 Uhr abends nach Hause zurück. Als er die Treppe hinansteig, begegnete ihm seine Frau, die im Begriff war, nach Berlin zu fahren, und der er scherzend eine glückliche Reise wünschte. In seinem Arbeitszimmer angelangt, setzte sich der Lehrer sofort an seinen Schreibtisch. Als nun eine Verwandte der Frau, die sich mit G. allein in der Wohnung befand, das Zimmer betrat und G. fragte, ob er mit seinem Werk noch nicht bald fertig sei, antwortete dieser mit scharfer Betonung: „Es ist heute der letzte Tag“. Dann hat er die Frau, ihm ein Glas Bier zu befehlen. Als die Beauftragte nach etwa zehn Minuten wieder zurückkehrte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick. G. lag in einer großen Blutlache vor dem Schreibtisch, während aus einer Wunde in der rechten Schläfe sich ein Blutstrom ergoß. In der Hand hielt der Lehrer einen noch rauchenden Revolver. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod konstatieren. G. hatte vermutlich in einem Anfall von Geistesstörung Selbstmord verübt.

Mit 2000 M. verschwunden ist seit gestern der 51 Jahre alte Buchhalter der Firma Wölle aus der Hohenkaufenstr. 23 zu Schöneberg Heinrich Drimel. Ob ihm ein Unglück zugefallen ist oder ob er einen Wimmel macht, konnte nicht gleich beurteilt werden. D., der aus Posen stammt, hat grau gemischtes Haar, einen dreiten Mund, sieht schlaff aus, hat hervorragende Backenknochen, ist schwächlich und trägt einen Spitzbart.

Die Dreifigkeit der Markthallen-Diebe fand gestern eine eigenartige Beleuchtung durch zwei Diebstähle, welche in dem städtischen Fleischhaus am der Stadtbahn verübt wurden. Der Fleischermeister Schütz hatte mehrere Rinderviertel zur Untersuchung dem Schanau übergeben, die, da an dem Fleische nichts auszuweisen war, in der Abteilung für abzuholendes untersuchtes Fleisch aufbewahrt wurden. Diese Abteilung wird stets von einem städtischen Beamten überwacht. Als Sch. gestern vormittag sein Fleisch abholen lassen wollte, stellte sich heraus, daß kurz vorher ein Rinderviertel gestohlen worden war. Da zu dem Mann nur die Abträger Zutritt haben, so konnte auch nur ein als solcher gekleideter Mann den Diebstahl ausführen. — Fast zu derselben Zeit wurden dem Schlächter Schröder aus Heinersdorf, der mit seinem Wagen vor dem Fleischhausanhalt, vom Führer vierzig Pfund Salz, zwei Lebern und ein Aushüter gestohlen. Da beide Diebstähle mutmaßlich von ein und derselben Person ausgeführt worden sind, so muß sich der Thäter eines Fuhrwerks, und zwar eines Fleischerwagens bedienen haben.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens ist der Arbeiter Karl Duffe aus der Schönholzerstr. 12 verhaftet worden. Er hatte die strafbaren Handlungen mit kleinen Mädchen zum Teil in der Wohnung, zum Teil auf der Treppe vorgenommen und wurde endlich dabei überführt. Diese Art Straftaten hat in der letzten Zeit eine auf-fallende Zunahme erfahren. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß in manchen Fällen die Uebelthäter mit einer verhältnismäßig geringen Strafe davongekommen sind.

Der trübselige Dieb. Auf frischer That ertappt wurde in der Nacht zum Dienstag der bereits vorbestrafte Einbrecher Albert Krügel, der es auf die Werkstellen des Kupferschmiedemeisters Schönbehrend in der Kopenstr. 33 abgesehen hatte. Schon um 8 1/2 Uhr abends wollte er das nach dem Hof führende Werkstättensfenster öffnen, hatte aber trotz des Seifenpflasters das Unglück, daß eine über der Fabrik wohnende Frau durch das Klirren aufmerksam wurde und K. eilfertig verschwinden ließ. Das Haus wurde abgesehen, man fand aber niemand. Um 2 Uhr vernahm dieselbe Frau wiederum verdächtiges Geräusch und sah auf dem Hof vier neue kupferne Äpfel stehen. Sie schlug Alarm und sah denselben Mann wieder über den Hof laufen. Mit Hilfe eines Schuttmannes suchten nun die Bewohner nach dem Dieb, der durch die verschlossene Thür nicht entweichen konnte. Man fand ihn endlich schmorsch in einem Keller und sehr verwundet ob der Störung. Die Zeugin erkannte ihn aber nicht bloß wieder, sondern er hatte auch noch aus dem Arbeitskasten eines Gefellen ein Messer zu sich gesteckt. Außer den Äpfeln hatte er auch andre Waren in den Keller gesteckt, um sie dann auf den Hof zu holen. Er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Jungen gesucht. Die Personen, welche am Sonntag, 27. Juli, abends 11 1/2 Uhr, gesehen haben, wie auf der Stadtbahnhofstation Warschauer Brücke ein Mann am Ausgang nicht durchgelassen wurde, weil er kein Billet dem Kassierer nicht in die Hand gegeben, sondern es auf den Rand der Mauer gelegt hatte, werden gebeten, ihre Adresse bei H. Gebhardt, Göttinger Ufer 5 v. IV. abzugeben.

Feuerbericht. Montagabend 7 Uhr wurde die Wehr nach der Elshaberstr. 53—54 gerufen. Hier war in einem Feinengeschäft Benzin in Brand geraten, bei dessen Ablösung sich eine Person Brandwunden an den Händen zuzog. Die Feuerwehre konnte die Gefahr leicht beseitigen. Eine Stunde später ging in der Friedrichstr. 52 in einem Pferdehals ein Posten Stroh in Flammen auf, die indes in kurzer Zeit erlosch werden konnten. Nach der Värtalstr. 12 wurde die Wehr gerufen, weil hier Rill u. a. Feuer gefangen hatte. Wohnungsbrände, die in der Hauptstraße Kleidungsgeschäfte, Gardinen etc. beschädigten, hatte die Wehr am Dienstag in der Weignerstr. 1 und in der Swinemünderstr. 41 abzulösen. Außerdem ließen in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Schönebergerstr. 11 und dem Weinbergsweg 23 ein. In beiden Fällen konnte die Gefahr jedoch bald beseitigt werden.

Vermischtes.

Ueber die Cholera wird aus Alexandria berichtet: Seit dem 15. Juli sind im ganzen 40 Ortschaften von der Cholera betroffen worden, in denen 2238 Fälle vorliefen; von denselben verliefen 1698 tödlich. Nur wenige Europäer wurden von der Krankheit betroffen. Die Zahl der Cholera-Erkrankungen in Alexandria beläuft sich auf 10. Die Verheimlichung von Erkrankungen wird durch die Maßregeln der Behörden unmöglich gemacht. — Der Verkehr auf der ägyptischen Ostbahn ist infolge der Cholera eingestellt. Es fanden sich Passagiere tot oder sterbend in den Waggons. Auch das Eisenbahnpersonal war von der Epidemie ergriffen. Wer nicht krank war, hatte die Flucht ergriffen. Aus Moskau wird gemeldet, daß auch in Zukunft Choleraanfalle vorkommen sind, man fürchtet ein Uebergetrennen nach Centralasien. — Nach einer Bekanntmachung des Bremerhavener Quarantäne-Amts unterliegen aus Odessa kommende Seeschiffe gesundheitspolizeilicher Kontrolle, da dort pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen sind.

Baumglück in Straßburg. Dienstagvormittag verunglückten, wie das „Straßburger Tageblatt“ meldet, bei der Abnahme eines am Dache der Kaserne angebrachten Vangeriffes zwei Zimmerleute dadurch, daß sie mit einem Teile des Weiterbelags auf die Straße stürzten. Beide waren sofort tot.

In Falkenhagen in Uebser Kreise schlug, wie die „Frankfurter Obergelting“ meldet, gestern nachmittags während eines heftigen Gewitters der Blitz in eine Weide ein, unter welcher vier Arbeiter Schutz gesucht hatten. Ein Arbeiter wurde vom Blitz getötet, die übrigen drei schwer verletzt.

Eisenbahn-Unglück. Die königliche Betriebs-Inspektion zu Aken giebt bekannt: Dienstagmorgen 6 Uhr 16 Minuten fuhr der Personenzug 1247 Hagen—Weydohr bei der Einfahrt in den Bahnhof Aken auf eine im Fahrgelände stehende Lokomotive. Der Lokomotivführer der stehenden Lokomotive wurde leicht verletzt. Sonstige Verletzungen sind nicht vorgekommen. Die Lokomotive des Personenzuges wurde erheblich, die andre Lokomotive und zwei Waggons des Personenzuges unerschwerlich beschädigt. Der Betrieb ist nicht gestört.

Wulkanausbrüche haben zwischen dem 13. und 15. August eine Insel der sich nördlich von den Bonin-Inseln hingehenden Kette, die Insel Torishima, verübt. Die ganze Bevölkerung, bestehend aus 150 mit Gananoförderung beschäftigten Leuten, ist umgekommen. Unterseeische Ausbrüche machen jede Annäherung an die Insel gefährlich.

Eingegangene Druckschriften.

Der 'Züddeutsche Postillon' Nr. 17 widmet sein Zeitgedicht unsem Wilhelm Reichelt sowie Max Regel einen Nachruf. Ernst Kreuzfeld bietet eine Großstadt-Skizze: Der Tod bei der Schiene. Das Titelbild glorifiziert den Kampf des bayerischen Centrums mit der Regierung.

Marktpreise von Berlin am 18. August 1902

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item names, units, and prices.

Königsberg; Oktober-Woggen war 1/4 bis 1/2 Mk. gedrückt. Von den ausländischen Werten (siehe Amerika) abgesehen, ist Ostreich-Ungarn leicht gebessert. Die übermäßigen Niederschläge auf den Weizen- und Kartoffelfeldern angerichteten Schaden. Am Markt für Futtermittel war heute infolge weiterer Zufuhren etwas billiger zu haben, während Mais seine Preise nominal behauptete. Mischöl blieb mangellos Nachfrage ohne Umsatz. Spiritus wurde im Preise gedrückt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

O. S. 910. Können wir Ihnen nicht sagen. Die meisten Mittel sind gesundheitlich bedenklich. Sauberkeit ist dieses Mittel.

G. 21. 100. Geschäftverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Generalkonferenz, Berlin, Engel-Ufer 15.

R. H. Leider ist die Firma berechtigt, einen Arbeiter zu entlassen, der ein Gehör- oder Nervenleiden sich durch das Raschreden zugezogen hat, ohne daß die Unfallversicherung oder eine persönliche Haftung des Arbeitnehmers eintritt. Ein Betriebsunfall liegt nach der Rechtsprechung nur vor, wenn die Gesundheitschädigung auf ein plötzliches, zeitlich bestimmtes, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis zurückzuführen ist, und eine persönliche Haftung des Arbeitnehmers nicht infolge einer unfallversicherungspflichtigen Schädigung (z. B. unvorsichtige Umkleideverkleidung) herbeigeführt ist.

Otto Gise. Sie könnten sich lediglich an die Hauptpolizei wenden, wenn Sie nicht fragen wollen. - S. 2. 45. 34 - Reichstörer Manufaktur. 1. Der Bäckereibesitzer hat in vollem Umfange für das durch sein fahrlässiges Handeln angerichtete Unglück aufzukommen. 2. Die Mutter haftet nicht. 3. Die Witwe sollte behufs Geltendmachung des Schadenersatzanspruches zunächst das Armenrecht erwirken und dann den Schaden eintragen. Will sie die juristische Befolgung, so sieht sie ihr frei, bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen.

Wenden Sie sich mit dem Antrage an die dortige Aufsichtsbehörde. Sie befreit Sie von Steuern. - A. Sie könnten Beschwerde einlegen, dieselbe ist bei dem Gericht, das entschieden hat, einzulegen. Richtig wäre der Nachweis einer Entschuldigbarkeit des Arztes. Der Chemiker haftet nicht für die Strafe. Notenzahlung wird in der Regel nicht gestattet. - 94. Ja. - 95. 2. 4. Sie können unter Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist zum Quartalsberichten ziehen. Wollen Sie zum 1. Oktober ziehen, so müssen Sie spätestens am 3. Juli gekündigt haben. - G. S. 10. Die Berufungsfrist in Zivilsachen beträgt einen Monat. Die Berufungsfrist läuft vom Tage der Zustellung ab. Ingeheft wird in aus- und landgerichtlichen Prozessen das Urteil nicht von Amts wegen, sondern auf Betreiben der Partei durch einen Gerichtsvollzieher. - 97. W. Der betreffende müßte sich an sein Bankhaus wenden und eventuell auf Herausgabe klagen. - Privat. Eine Berufung und eine neue Klage vor dem 1. Oktober waren ausgeschlossen. R. A. Dredeuerstraße. Klein.

Witterungsübersicht vom 19. August 1902, morgens 8 Uhr.

Table showing weather forecast for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 20. August 1902. Etwaß kühl, vorübergehend wolfig mit Schwoitregen und ziemlich kräftigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Produktenmarkt vom 19. August. Getreide. Nachdem der Konsum seinen dringenden Bedarf für den Augenblick eingedeckt hat, ist am Getreidemarkt ein gewisser abwartender Stillstand des Geschäftes eingetreten. Die russischen Zufuhren haben fast ganz aufgehört, doch blieb dies ohne Einfluß auf die Tendenz des Marktes, da auch die Nachfrage ganz unbedeutend war. Die Preise für Weizen, Roggen und Weizenmehl sind anfangs bei sehr stillen Verkehre keine nennenswerten Veränderungen; späterhin schwächte sich Brotgetreide 1/4 bis 1/2 Mk. ab auf größere Bohnanfuhren aus

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 20. August. Neues Opern-Theater (Krohn). Die Weibha. oder: Eine japanische Ehehaushaltung. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Wiederholungsband: Offenbach-Cyclus. Dorothea. - Die verwandte Frage. - Der Regimentanzführer. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr. Seiffing. Dame Kobold. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Wehen. Urbine. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Lebige Pente. Anfang 8 Uhr. Residenz. Sein Doppelpänger. Vorher: Nach der Hochzeit. Anfang 8 Uhr. Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weich. Gefallene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr. Secession. Silberne Glitterwägen. Anfang 8 Uhr. Dolgocacs Buntes Theater. (Wiederholt.) Anfang 8 Uhr. Kleines. (Schall und Rauch) Rotenmühl. Frau Wini. Wiederträume. Anfang 8 Uhr. Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Tandenstr. 48/49. (Am Theaterjaal.) Abends 8 Uhr. Die deutsche Ostseeküste. Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr. Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Das berühmteste Wachsignoren-Kabinett der Welt. Besondere Neuheit: Lebende Bilder, ausgeführt v. einem Ensemble junger, schöner Damen.

Passage-Panoptikum. Variété-Vorstellung im kleinen Theatersaal. Ital. Konzert-Gesellschaft. Pariser Marionetten-Theater. Die wahrsagende Wunderspinne. Arab. Fakir u. Feuermensch. Entree Vorstellung 50 Pf.

Passage-Theater. Wegen umfassender Renovation geschlossen. Wiedereröffnung: Sonnabend, 30. August.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Kleines Theater. (Schall und Rauch) 33/14. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Serenissimus-Zwischenspiele. Halbnacht. Frau Mimi. Liebesträume.

W. Noacks Theater. Wilmersstraße 14. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Das tanzende Berlin. Poffe mit Weisung und Tanz von Leopold Gg. Am Saal: Tanzkränzchen.

Prater-Theater. Kasanien-Allee 7-9. Täglich: Johanniszauber. Operetten-Parfüte in 4 Bildern. Eugen Millard, Tanzhumorist. - Girtus Loyal, - Leodikas Kakados, Iamische Rednerin. - The Elradus, Mämo. Georgette, Feuers u. Pflanzen-tanz. - Lebende Photographien. (Rene Serie) - Konzert Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. Halbo.

Apollo-Theater und Konzert-Garten. Um 8 Uhr: Die grossartigen neuen Spezialitäten. Um 9 Uhr: Lysistrata. Leonidas Robert Steidl. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Casino-Theater. Voltbringerstr. 37. Eröffnung: Sonnabend, den 23. August, mit buntem Programm und dem berühmten Volksstück Ehrliche Arbeit von Wilken.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Bock. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm! Donnerstag: Elite-Tag.

Freireligiöse Gemeinde. Zum Besten des Baufonds. Sonnabend, 30. August, in Louis Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 29: Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert und Sommernachts-Ball.

Neue Welt. Arnold Scholz. Heute, Mittwoch, den 20. August: Gr. Ernte-Dank-Fest verbunden mit Nonnenregen, Fackelpolitische u. Gratzbergschaug. Hauptprogramm für Frauen: Eine silberne Verheirath. Hauptprogramm für Mädchen: Eine goldene Damenuhr. - Gala-Spezialitäten-Vorstellung. - Aufführung. - 3 Regeldamen. - Ruff. Musikklub. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr. Eintritt 15 Pf. Morgen: Elite-Tag. Montag, den 25. August: Benefiz-Darstellung. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Die einzig dastehenden Fielitz-Briquetts (allererste Marke des ganzen Zeitsenberger, Kleinwitzer, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Banons) in kleine Stücke geschnitten, erischen durch ihre grossartige Heizkraft vollständig die Zeitsenble und ädertreffen durch ihre langanhaltende Glut den Coaks und Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern. Billigste Bezugsquelle Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43. Filialen für den Kleinverkauf: Anklamerstrasse 23, Anklamerstrasse 51, Chorinerstrasse 65, Dragonerstrasse 6a, Dunckerstrasse 59, Fehrbellnerstrasse 18, Griebenowstrasse 20, Oderbergerstrasse 51, Pappel-Allee 27 (Inhaber: A. Böhm). Putzuserstrasse 17, Rheinsbergerstr. 27, (Inhaber: C. Haberland), Schliemannstrasse 42, Stargarderstrasse 57, Stralsunderstrasse 14, Swinemünderstr. 81, Weissenburgerstr. 34 (Inhaber: E. Böhm).

Wintergarten. Mand. Griselda, Hande-Dressose, Les Silvas, Leiter-Equilibristen, Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin, Die Vicentinas, Kollschubläufer, Rofix, athletische Produktionen, Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien, Helene Gerard, „Hohle Schulle“, Carl Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest, Die Kellino-Truppe, ital. Akrobatin, Claudine Poinre, Pariser Sängerin, W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode. Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris. „Biograph“.

Schweizer Garten. Am Königsthor 42024. Am Friedrichshafen. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Täglich bis 7 Uhr: Freier Damontanz. Jeden Abend 10 Uhr: Rosen-Dienstag. Große Poffe m. Weisung in 1 Akt v. Gg.

Fröbels Allerlei-Theater. fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Heute Mittwoch: Gr. Elite-Abend. Auftreten der mit hauptstädtischem Beifall und Jubel aufgenommenen neuen Spezialitäten. Neu! Die 5 Orientstern. Neu! Cowas u. Lola. John, mod. Jongleur. Um 8 1/2 Uhr: Das große Volksstück Unser Goldjunge. Um 10 Uhr: Der schlagfertige Blüchster Otto Waldemar. Im Saal: Gr. Ball. Anfang 3 Uhr - Entree 30 Pf. Sonnab.: Nationalbau f. Peteranten.

Sanssouci. Kottbuserstr. 1a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungenügender Witterung im Saal: Hofmanns Norddeutsche Säger und Konzert. Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Lotterie: Tanzkränzchen. Tanz frei! Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf. ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wodentags 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Säger. Anfang: Wodentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr, Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstr. 59. Sensationell! Der phänomenale Verwandlungskünstler Carl Braun mit seinem bunten Theater worin er 36 Personen darstellt. Ausserdem das neue Riesen-Programm. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Borgungskarten haben Giltigkeit. Aufführung. - Ball. Ein Saubitag: Dienstag, 26. August.

Arbeitsnachweis Deutscher Goldschmiede. Engel-Ufer 15. Für sofort nach Regensburg zwei Goldschmiedinnen auf Winge, für Berlin 1 Frauer, der zugleich goldarbeiten kann für Köln a. Rh. Goldarbeiter. 1 Polier Goldarbeiter-Weisung, Walze, Zerkleinerer, diverse andre Sachen billig zu verkaufen. Engel-Ufer 15 zu erfragen. 119/11

Ostbahn-Park. Am Kästnerplatz, Büdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Sommertheater Marienbad. Badstr. 35/36, Gesundbrunnen. Neu! Täglich: Neu! Großstadtleben. Gr. Aufführungspoffe in 2 Bildern von Richard. Ruff von Schmidt. In Spezialitäten. Entree 20, 30 und 50 Pf. Sonntag: Ball.

Komme mit Muster zum Massnehmen ins Haus. Bitte Postkarte. Sou 36 Pf. an. Liefere Anzug nach Maß, (einfache Anzug), 2 Anprob. für taubelester Sig. Anzug mit der goldenen Medaille. Keine Muster und nur beste reimmollene Stoffe.

Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23, 2 Tr. Nähe Alexander-Platz. Wegr. 1892. Alle Wanzen werden sofort nach Brut durch meinen Wanzentod, in Bl. 0.50, 1 Mk. - Schwaben, Russen, Franzosen etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Zahl. 0.30, 0.60, 1 Mk. Zahlreiche Anerkennungen. [47888] 1000 Mark Belohnung gabte ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 18, Ecke Peterantenstraße.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143 am Kottbuser Thor. | Schneidermeister, | Schöneberg.

